

Waldenburger Zeitung

(Waldenburger
Fernsprecher 3



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der kaiserlichen Behörden von Waldburg, sowie von
Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldburg.
Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Ortspostkasse
der Stadt Waldburg, Waldburger Handels- u. Gewerbe-
bank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis vierteljährlich 6.30, monatlich 2.10 M. frei Haus.
Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt
und Kreis Waldburg 40 Pfg., von auswärts 45 Pfg.,
Vermietungen, -Stellengesuche 25 Pfg., Reklameteil 1 M.

Eine neue Drohnote Frankreichs.

Frankreichs Kohlenforderungen.

Andündigung von Vergeltungsmaßnahmen.

Berlin, 12. Februar. (WZ.) Der französische Ministerpräsident hat der deutschen Mission in Paris folgende, vom 8. Februar datierte Note zugehen lassen:

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, Teil VIII (Wiedergutmachungen, Artikel 236, Anlage 5, § 2) hat sich Deutschland verpflichtet, an Frankreich sieben Millionen Tonnen Kohle jährlich zu liefern. Außerdem soll Deutschland jedes Jahr an Frankreich eine Kohlenmenge gleich dem Unterschied zwischen der Jahresförderung der durch den Krieg zerstörten Bergwerke des Nordens und des Bas de la Loire vor dem Kriege und der Förderung der Bergwerke dieses Beckens in den im Betracht kommenden Jahren liefern. Letztere Lieferung erfolgt zehn Jahre lang und darf nicht mehr als 20 Millionen jährlich während der ersten fünf Jahre und 8 Millionen jährlich während der fünf folgenden Jahre betragen. Andererseits geht aus dem Protokoll vom 29. August 1919 über die Verhandlungen bezüglich Ausführung der Anlage 5 zu Artikel 236 des Friedensvertrages hervor, daß die Mächte vorläufig übereingekommen sind, nicht sofort nach Inkrafttreten des Vertrages die vollständige Lieferung der in der Anlage 5 aufgestellten Kohlenmengen zu fordern. Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum 30. April 1920 monatlich

den Alliierten 1 660 000 Tonnen zu liefern.

Das entspricht einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohlen und stellt den Ersatz der Förderung der zerstörten französischen Bergwerke dar, ein Ersatz, der entsprechend dem Schlusssatz von § 10, Anlage 5, ein Vorgehensrecht genießt. Nun stellen mannschaftbare Dokumente fest, daß Deutschland im Laufe des letzten Dezembers 10 450 000 Tonnen Kohlen produziert hat. Gemäß den in dem Protokoll vom 29. August ausgesprochenen Grundsätzen hätte Deutschland also an die alliierten Mächte 25 000 000 Tonnen liefern müssen, während es nur 6 000 000 Tonnen geliefert hat. Die im Monat Januar produzierte Menge ist merklich geringer gewesen, und der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kohlen-Kommission in Paris hat antwortend erklärt, daß Deutschland nicht mehr als monatlich 750 000 Tonnen liefern könne. Aber selbst diese Menge ist bis jetzt niemals geliefert worden. Die Gründe, die man vorgebracht hat, um die Nichterfüllung dieser hochwichtigen Verpflichtung zu rechtfertigen, und die auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Staates hinweisen, können nicht als stichhaltig betrachtet werden gegenüber der Tatsache, daß

Deutschland für sich selbst eine Quantität zurückbehält,

die erheblich höher ist als die, die es zur Ausführung seiner Verpflichtungen benutzt. 50 Millionen Deutsche erhalten zurzeit monatlich 8 Millionen Tonnen Kohle, während Frankreich für seine Bevölkerung von 40 Millionen nur über 3 250 000 Tonnen monatlich verfügt. Welches Recht kann Deutschland aufführen, günstiger gestellt zu sein als Frankreich, dessen Kohlage lediglich auf die systematischen Verwüstungen zurückzuführen ist, die durch die deutsche Oberste Heeresleitung ohne jede militärische Notwendigkeit und mit dem bestimmten Ziel, die französische Industrie zu ruinieren, befohlen worden sind.

Die französische Regierung kann nicht zulassen, daß die deutsche Regierung in Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen und obwohl sie dazu imstande wäre, die Lieferungen nicht ausgesetzt, an den Alliierten ein

spezielles Interesse und Anrecht hat. Sie verlangt, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen ausführt, und ist entschlossen, die Rechte der französischen Nation geltend zu machen, die durch den Friedensvertrag sanktioniert worden sind. Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bestimmungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt hat, die

Griffen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben.

Ferner, wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer absichtlicher Nichterfüllung seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen, bereits fälligen Lieferungen sowie das fällige Februarquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperren und Vergeltungsmaßnahmen und allgemein zu solchen Maßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet. Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen sein wird, andere Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingungen für das Inkrafttreten des Vertrages vorgesehen haben.

Deutsche Kritik an Millerands Drohnote.

Berlin, 12. Februar. Zur obigen Note wird von zuständiger Seite bemerkt:

Die Kohlennote vom 8. 2. 1920 geht aus vom französischen Ministerpräsidenten und ist gerichtet an den deutschen Geschäftsträger. Sie beschwert sich über mangelhafte Kohlenlieferungen Deutschlands gegenüber den übernommenen Verpflichtungen. Für die Behandlung der Kohlenlieferung aus dem Friedensvertrage ist

lediglich der Wiedergutmachungsausschuß zuständig.

Er allein hat das Recht, die deutschen Kohlenlieferungen festzusetzen; er allein hat die Durchführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen, und er hat Maßnahmen zu treffen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der französische Ministerpräsident hat sich mit dieser Note Befugnisse angemaßt, die ihm nicht zustehen; daher ist es auch nicht verwunderlich, daß seine Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlussfolgerungen gelangt. Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Versailler Protokoll vom 29. August 1919 sind in der Note sachlich unrichtig wiedergegeben.

Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohle an die alliierten und assoziierten Mächte sofort beginnen zu wollen. Bestimmte Mengen Kohlen vorzuliefern, hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Vorleistung von Kohle hat das damalige Organisationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wiedergutmachungsausschuß nach seinem Zusammenritt, also nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Steinkohle im Monat 660 000 Tonnen monatlich an die Entente liefern solle, und zwar bis zum 30. April 1920. Dieses ist

eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit welcher eine Ermäßigung der im Friedensvertrag an sich vorgesehenen gesamten Menge bis zum 30. April 1920 sichergestellt werden sollte. Der Wiedergutmachungsausschuß hat diese Erklärung der deutschen Regierung gegenüber erst durch Note vom 30. Januar 1920 bestätigt. Da nach § 10, Anlage 5 zu Teil VIII des Friedensvertrages die Anfordern-

gen seitens des Wiedergutmachungsausschusses und eine bestimmte, vertragsmäßig festgesetzte Anlieferungsfrist für den Beginn der Pflichtlieferungen entscheidend sind, folgt aus Vorstehendem, daß eine Verpflichtung Deutschlands auf Lieferung bestimmter Mengen Kohle bisher nicht besteht. Die bisherigen Kohlenlieferungen sind als durchaus freiwillig zu betrachten und es kann deshalb auch

kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergeleitet

werden, daß bestimmte Mengen nicht erreicht worden sind.

Zur übrigen ist von deutscher Seite in dem Protokoll die während des ganzen Verlaufes der Verhandlungen stets nachdrücklich abgegebene Erklärung wiederholt worden, daß Deutschland ohne schwere Schädigung seines wirtschaftlichen Lebens vorläufig überhaupt nicht imstande sei, bedeutende Lieferungen zu machen. Wirtschaftlich betrachtet, liegt in der Tatsache der freiwilligen Kohlenlieferungen vor Ablauf der im Friedensvertrage vorgesehenen Anlieferungsfrist ein gewaltiges Opfer Deutschlands und zugleich ein schlagender Beweis für die Bereitwilligkeit Deutschlands, seine Pflicht zur Wiedergutmachung nach besten Kräften zu erfüllen. Hätte Deutschland diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es die bisher an die Entente gelieferten Kohlen seinem eigenen, schwer erschütterten Wirtschaftsleben zuführen können. Statt dessen hat es sich dieser sehr erheblichen Kohlenmengen entblößt, um sie zur Wiedergutmachung zu verwenden. Diese freiwilligen Lieferungen, gegen die sich die allerernstesten Bedenken aus den Kreisen der deutschen Volkswirtschaft erhoben haben,

hätten eigentlich volle Anerkennung von Seiten der Alliierten verdient.

Schließlich ist auch hervorzuheben, daß der Hinweis auf Vergeltungsmaßnahmen, die nach dem Vertrage nur im Falle vorsätzlicher Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage kommen können, sowie auf eine Verletzung des Artikels 429 des Friedensvertrages, der die Räumungsfrist für die besetzten Gebiete regelt, nicht verständlich erscheint. Auch für die Beurteilung dieser Fragen ist nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Es ist nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsausschuß Anlaß finden könnte, derartige Maßregeln in Erwägung zu ziehen.

Der preussische Ministerpräsident über seine Rheinlandreise.

Berlin, 11. Februar. Ministerpräsident Sirich ist von seiner Rheinlandreise zurückgekehrt, die er in Begleitung von vier preussischen Staatsministern unternommen hatte. Er äußerte einem Mitarbeiter des Volksbundes gegenüber u. a. folgendes:

Wir haben uns bemüht, die Stimmung im Lande kennen zu lernen. Zwei Erkenntnisse möchte ich vor allem festhalten. Einmal: Die rheinische Bevölkerung leidet unter der Herrschaft der Besatzungsstruppen ganz außerordentlich schwer. Der seelische Druck, der auf ihr lastet, ist auf die Dauer einfach unerträglich. Und ferner: Die überaus starke Belastungsprobe, der die väterländische Gesinnung der Rheinländer in dieser Zeit der Fremdherrschaft ausgesetzt ist, ist von der Bevölkerung bisher glänzend überstanden worden. Ich habe zu meiner aufrichtigen Freude feststellen können, daß die ganze gewaltige Welle der Rheinländer von separatistischen Strömungen immer deutlicher abtrifft. Alle Beileuerungen der Sonderbündler, die die Bevölkerung glauben machen wollen, daß sie nur gegen das "reaktionäre" Preußen kämpfen, aber den deutschen Charakter der Rheinländer nicht antasten wollen, können heute niemanden mehr über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen. Wir sehen weiter, daß die Politik der Franzosen äußerst geschickt ist, und daß sie entsprechende Gegenmaßnahmen notwendig macht. Die preussische Staats-

regierung ist fest entschlossen, alles zu tun, um jeden Rest der Mäßigkeit in den Rheinländern zu befestigen. Sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei Versprechungen bleibt. Ich habe deshalb Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Denkschrift nach Ressorts getrennt zusammenzustellen. Das Staatsministerium wird unverzüglich zu ihr Stellung nehmen und teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung die notwendigen Entschlüsse treffen. Allgemein verlangt man in den Rheinländern, daß wir öfter herüberkommen, um einen ständigen Gedanken- und Berührungsaustausch mit der dortigen Bevölkerung zu sichern. Ich hoffe, daß, wenn wir das nächste Mal im Rheinlande sein werden, man drüben bereits gesehen haben wird, daß in Berlin alles getan wird, um den rheinischen Brüdern in dieser schweren Zeit nach Kräften zur Seite zu stehen.

Besorgnisse in Berlin.

Berlin, 12. Februar. Die neuerdings auf die Tagesordnung der Botschafterkonferenz gesetzte Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes erregt in Regierungskreisen große Besorgnis. Die Entente hat jetzt schon im Rheinland weit über die im Friedensvertrag vorgesehene Regelung der Besetzung hinaus eine Art von Souveränität angetreten, die den Bestand dieser Gebiete bei Deutschland auf das schwerste gefährdet. Die Reichsregierung wird in dieser Frage unter keinen Umständen Nachgiebigkeit zeigen, und verlangt, daß die Entente sich streng an den Friedensvertrag hält. Leider kann sie nicht verhindern, wenn die Alliierten wegen der Verweigerung der Auslieferung schwere Opfer von Deutschland verlangen und sogar eine verdeckte Annexion des Rheinlandes nehmen.

Das Abstimmungs-Ergebnis in Nord-Schleswig.

Kiel, 11. Februar. (WZB.) Nach dem amtlichen Ergebnis der Volksabstimmung in der ersten Zone von Nord-Schleswig wurden abgegeben 25 223 Stimmen für Deutschland, 74 887 für Dänemark.

Wer die Verhältnisse in Nord-Schleswig kennt, dürfte wohl kaum ein schwaches Glimmen Hoffnung gegen, daß diese Zone in der Volksabstimmung sich für Verbleiben im Deutschen Reiche aussprechen würde. Wurde doch schon in der Vorperiode bei den Wahlen regelmäßig mindestens ein dänischer gewählter Abgeordneter in jenem Landesstrich gewählt. Daß aber eine so gewaltige Mehrheit für den Anschluß an Dänemark zustande kommen würde, hat man wohl selbst in Dänemark nicht erwartet. Wenigstens hätte in den Reden des dänischen Ministers Hansen, so zuversichtlich er sich auch gebärdete, immer ein leiser Unterlaut mit, aus dem zu folgern war, daß die dänische Regierung wohl mit einem Siege, aber nur mit einem knappen, rechnete. Und nun haben von den Abstimmenden ganze 75 Prozent ihre Stimmzettel für Dänemark abgegeben und nur 25 Prozent für Deutschland! Leider folgt daraus der beschämende Schluß, daß auch deutsche Bewohner Nord-Schleswigs ihr Deutschthum verkauft haben, sei es, weil sie an einer Wiedererlangung des Deutschen Reiches verzweifeln, sei es, daß sie sich materielle Vorteile von einem Uebertritt in dänische Untertanenschaft versprochen; ist es in dieser Zeit des moralischen Niederganges so mancher Volksgenossen zu vermuten, wenn der Judaslohn das Verwahrlosten der Kammersteuer ausreicht, wenn das Wort des alten römischen Senators vom Nichtnutzen des Geldes auch auf Verräther-Silberlinge angewendet wird?

Alles wird nun daran zu setzen sein, die zweite Zone, die durchaus deutsch ist, auch deutsch zu erhalten. Sie kann nicht verloren gehen, wenn nicht auch hier Verrätherei im größten Maßstabe geübt wird.

Das Schicksal Nord-Schleswigs.

Kopenhagen, 11. Februar. Das Kopenhagener Blatt „Politiken“ bemerkt zu dem Abstimmungsergebnis: Nord-Schleswig hat sich für Dänemark entschieden. Von diesem Augenblick ab ist die ganze erste Zone schon rechtmäßiges Eigentum Dänemarks, und die dänische Regierung könnte sie sofort besetzen. Wenn dies nicht geschieht, so liegt dies an dem Willen mit der internationalen Kommission, die bis auf weiteres noch die Regierungsgewalt behält, namentlich mit Rücksicht auf die Politik und die Zukunftfrage.

Verchiebung der Abstimmung in der zweiten Zone.

Kopenhagen, 11. Februar. Wie der Flensburger Korrespondent der „Berlingske Tidende“ erzählt, ist die Frage der Verchiebung der Abstimmung in der zweiten Zone gestern von der internationalen Kommission durchberaten worden. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen worden; sie wird aber heute fallen. Man habe Grund zu glauben, daß die hinausschiebung des Zeitpunktes Laßache werden wird.

Englands auswärtige Politik.

Die Thronrede des Königs von England.

London, 10. Februar. (Reuter.) Der König eröffnete heute in Person das Parlament. Seine Rede nahm Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und die bevorstehende Ratifikation der Verträge mit Österreich und Bulgarien. Sie drückte die Hoffnung aus, einen baldigen Friedensschluß mit Ungarn und der Türkei aus. Es heißt in der Rede: Eine Anzahl von Sitzungen, die vor Augen in London und Paris

stattfanden, haben die ausgezeichneten Beziehungen, die mit unseren Alliierten bestehen, gestärkt. Es wird in der Rede wieder der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Lösung der adriatischen Streitfrage bald erzielt wird, und erklärt, es sei wesentlich, daß der Friede und normale Zustände im Wirtschaftsleben Europas und Russlands wiederhergestellt werden. Britannien und Frankreich näherten sich mit raschen Schritten der Stabilität und der Wohlfahrt. Alle Klassen müßten jedoch fortfahren, sich an dem Werke des Wiederaufbaues zu beteiligen. Die Lage in Irland erzeuge ernste Besorgnisse. Eine Bill für eine bessere Regierung dieses Landes werde unverzüglich eingebracht werden. Die Rede kündigte Maßnahmen betreffend Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sowie eine Regelung der Arbeitszeiten und der Mindestlöhne und Bestimmungen gegen das Dumping an.

Erklärungen Lloyd Georges.

London, 11. Februar. (Reuter.) Im Unterhause behandelte Lloyd George bei der Debatte über die Adresse auf die Thronrede in der Hauptsache die Fragen innerer Art und wies u. a. darauf hin, daß das Budget 1919/20 günstig ausfallen werde. Er nahm Bezug auf seine Erklärung über die Lage in Europa. Bei der Behandlung der liberalen Annenments, in denen die Währungsfrage des Friedensvertrages geordert wird, beschränkte er sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Rußland. Lloyd George verteidigte die russische Politik der Regierung und betonte, daß Europa nicht wiederhergestellt werden könnte, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung ständen. Lloyd George wies auf die Zwecklosigkeit anderer politischer Maßnahmen hin. Der Premierminister sagte, es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernichtet werden könne. Bereits vor einem Jahr sei er dieser Ansicht gewesen. Er bestritt die militärische Invasion des Bolschewismus, weder im Westen noch im mittleren Osten, da die Bolschewisten nicht über die nötigen Ausrüstungs- und Transportmittel verfügten und auch kein Anreiz zu einer Invasion bestünde, weil die Länder um Rußland herum dem Eindringen nichts bieten könnten. Unter Bezugnahme auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, daß, bevor nicht die Regierung, die Rußland verwalte, die barbarische Methode aufgegeben und auf zivilisierte Weise regiere, kein zivilisiertes Gemeinwesen in der Welt geneigt sein werde, unmittelbar Frieden zu schließen. Es bestehe keine Regierung, die berechtigt sei, für ganz Rußland zu sprechen. Der einzig übrigbleibende Weg sei, Rußland durch Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde und mehr als jede andere Methode die Grausamkeit und Rausch der Bolschewisten austrotten werde.

Zur Lage in Irland, wo die feigen und verächtlichen Morde begangen würden, sagte Lloyd George: Kann unter diesen Umständen die englische Truppe aus Irland zurückgezogen werden? Solange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre Pflicht tun.

Der Minister des Innern, Lord Curzon, gab eine ausführliche Uebersicht über die Lage im Auslande, in der er über den Völkerverbund, die Haltung Amerikas und den Vertrag mit der Türkei sprach. Er sei von größter Besorgnis über die Lage im Osten erfüllt. Die Uebereinkunft mit den alliierten Mächten zu Beginn des Krieges sei in ihren Folgen sehr enttäuschend und hindernd gewesen, und ohne ein entsprechendes Urteil zu fällen, lege er doch Wert darauf, zu erklären, daß dies eine Warnung gegen die Versuche sei, in Zukunft ähnliche Fragen von neuem aufs Tapet zu bringen. Einiges Zusammenarbeiten mit den Alliierten, vor allem mit Frankreich, sei notwendig.

Curzon sprach die Hoffnung aus, daß keine Aktion von einer der interessierten Parteien zugelassen werden solle, die der ehrlichen Gefinnung und dem freundschaftlichen Zusammenwirken, das alle besetzen müsse, Schaden könnte.

Die englische Arbeiterpartei verlangt Nachprüfung des Friedensvertrages.

Rotterdam, 11. Februar. (WZB.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Verlauf der Debatte über die Annahmestelle auf die Thronrede erklärte der Führer der Arbeiterpartei Adamson: Ich bin der Ansicht, daß einige Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland so schwer sind, daß wenig Hoffnung besteht, sie auszuführen. Wir erblicken Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk von den Alliierten die eine oder die andere Abänderung der vernichtenden Bestimmungen erwartet, und ich möchte den ersten Ministern und den Mitgliedern der Regierung vorschlagen, bevor die Verträge mit Österreich, Bulgarien, der Türkei und Ungarn fertig sind, die Lage zu erwägen und genau zu untersuchen, damit, bevor diese Verträge endgültig ratifiziert sind, ein dauernder Frieden gesichert werden kann.

Die Auslieferungsfrage.

Die neue Note an Holland.

Amsterdam, 11. Februar. Aus London wird gemeldet: Der „Evening Standard“ versichert: Die neue Note an Holland werde gegenwärtig geprüft und wahrscheinlich noch heute abends fertig-

gestellt werden. Die Note sei in entschlossenem Tone gehalten; insofern werde Holland darin mit keinerlei Zwangsmahnahmen gedroht, um die Auslieferung des Kaisers Wilhelm zu erwirken. Die Alliierten appellieren an den Willensakt der holländischen Regierung. Der Inhalt der Note wird sich auf völkerrechtlichem Gebiet halten und man wird Holland darlegen, daß die Alliierten im Interesse des Weltfriedens ein Recht haben, den Kaiser wegen Vergehens gegen das Völkerrecht zu Verurteilung zu ziehen.

Die Anklagen gegen den Kaiser.

Genf, 11. Februar. Dem „Temps“ zufolge lautet die Anklage gegen Wilhelm II. auf mehr als dreißig Einzelbeschuldigungen. Die Anklage wegen Mordes wurde nicht erhoben, wohl aber die Anklage wegen Aufforderung zum Mord von Zivilpersonen. Die Anklageschrift gegen den Kaiser umfaßt einige Hundert eng beschriebene Schreibmaschinenseiten.

Wilhelm II. verbietet die Gestellung seines Sohnes.

Berlin, 11. Februar. Wie die „Kreuzzeitung“ aus den Niederlanden erfährt, ist die freiwillige Stellung des deutschen Ex-Kronprinzen ohne Wissen Wilhelms II. geschehen. Der Ex-Kaiser ist von dem Schritt völlig überrascht worden. Er wird von ihm entschieden gemißbilligt. Der Ex-Kaiser hat seinem Sohn die freiwillige Stellung verboten und hat von dieser seiner Willensmeinung die niederländische Regierung telegraphisch verständigt.

Wilson als Gegner der Auslieferung?

Paris, 11. Februar. (WZB.) Nach einer Radiomeldung aus Washington soll Präsident Wilson die Absicht haben, dem deutschen Kronprinzen auf sein Telegramm zu antworten. Im Weissen Haus glaubt man, daß Wilson die Gelegenheit benutzen werde, um öffentlich zu erklären, daß er immer der Forderung der Alliierten betreffend die Auslieferung der Schuldigen absolut feindlich gegenüber gefanden habe. Er würde jedenfalls auch erklären, daß er sich energig jeder Handlung widersetzen werde, die das Ziel habe, die Auslieferung zur Aburteilung aller Deutschen, sowohl der Militärpersonen als auch der Zivilbeamten, zu erlangen.

Scharfe Kritik in Italien.

Rom, 11. Februar. Der „Corriere d'Italia“, das Organ der maßgebenden liberalen Partei, bedauert, daß Miti sich in der Kammer nicht über die Auslieferungsfrage geäußert hat. Man hätte ihn aber darüber interpellieren müssen. Die Unterlassung sei bedauerlich, da die katholische Partei gern vernommen hätte, daß Italien sich an dieser juristisch unbegründeten, praktisch unmöglichen, unhaltbaren Zumutung nicht beteiligen werde. Es sei unrecht, die deutsche Volkseele zu Tode verwunden zu wollen, doch hoffe der „Corriere d'Italia“, Miti werde diese Dinge wenigstens in London zur Sprache bringen.

„Corriere della Sera“ sagt, das Deutschthum habe sich allerdings mit Verbrechen gegen die ganze Menschheit und die Geschichte befudelt, wo aber sei ein Gericht, welches die Menschheit und die Geschichte verurteile? Der „Corriere della Sera“ schließt mit den Worten: „Arbeiten wir doch alle an dem Völkerverbund, der die allmähliche Umgestaltung der Verträge vorbereitet, ohne diese unter dem Gewicht der Nichterfüllung zusammenbrechen.“

Der „Popolo Romano“ hebt die hohe nationale Würde des deutschen Volkes hervor, daß die Zustimmung der Alliierten einstimmig ablehne. Freilich werde Deutschland irgendwie nachgeben müssen, aber der Zwischenschritt lasse als Erbteil die Rache und den Haß zurück, was eine schlimme Zukunft bedeute. In einer Londoner Depesche kommt „Secolo“ auf die ablehnende Haltung des englischen Volkes zurück. Falls nicht Lloyd George seine Ansicht gewechselt habe, werde er sich ärgern, daß man in Paris seine Ratschläge der Klugheit und Mäßigkeit so wenig beherzige. — „Riforma del Carlino“ schreibt, es sei unverständlich, mit welchem Rechte man Deutschland die Auslieferung seiner Nationalhelden, die wie Gindenburg, Ludendorff, Radenst, Liman von Sandorf ihrem Vaterland mit Hingebung gebient hätten, verweigern könne. Die italienische Kammer von der Rechten bis zur Linken, von den Sozialisten bis zu den Katholiken habe bereits den Beweis erbracht, daß sich das italienische Volk solcher Gewalttaten (des Ausdrucks lautet weit schärfer) nicht mitschuldig machen wolle.

Der Ankauf von Silbermünzen durch die Reichsbank.

Berlin, 11. Februar. Der Reichswirtschaftsminister hat unter dem 7. Februar eine im Reichsgesetzblatt Seite 219 veröffentlichte Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin, die für den Handel mit Reichsilbermünzen einen Monopol für die Reichsbank gleichkommt, außerdem den Hausierhandel mit Edelmetallen und davon hergestellten Münzen und Waren verbietet und bezüglich Zahlungsmitteln und sonstigen Veröffentlichungen einschneidende Vorschriften enthält, erlassen. Mit der schneidenden Vorschriften enthält, erlassen. Mit der Vermittlung des Ankaufs von Reichsilbermünzen für die Reichsbank ist vorläufig nur die Post betraut. Danach ist der Verkauf von Reichsilbermünzen an einen den Nennwert übersteigenden Preise an anderen Stellen als die Reichsbank oder die Post strafbar. In gleicher Weise unterliegt der Strafe, wer in der gleichen Weise unterliegt oder umarbeiten oder verändern läßt. Im Zusammenhang hiermit hat die Reichsbank den Ankaufspreis für Reichsilbermünzen

Abg. Dr. Pachtke über die innere Politik der Weimarer-Verfassung.

Der Provinzialverband Brandenburg der Deutsch-demokratischen Partei hielt am Sonntag im Herrenhaus in Berlin unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Meyer seinen Parteitag ab. Hierbei sprach Dr. Pachtke über die politische Lage und die bevorstehenden Wahlen.

Kampfaben müssen, so führte Pachtke aus, stattfinden, sobald die Nationalversammlung gemäß ihrer Zweckbestimmung außer der Verfassung die sonstigen dringenden Reichsgesetze beschließen hat. Man sollte den Begriff der Dringlichkeit nicht überspannen. Sind die vorliegenden Steuern, der Etat, die Besoldungsreform, das Wahlgesetz erledigt, und das ist bis Ende Mai möglich, so muß das Volk im Juni zur Urne gerufen werden, falls nicht ganz unerwartete Zwischenfälle, etwa von Feindesseite her, ein zwingendes Hindernis bilden. In der Wahlbewegung stehen wir eigentlich schon jetzt. Die Rechte werden ungeheure Mittel auf, um die vorhandene Verfassung für ihre Partei auszunutzen. Selbst die Auslieferungsfälle soll Wind in ihre Segel treiben. Die Regierung wird nicht ausliefern, weil sie es nicht kann. Der Wahlkampf wird ein Kampf um die Staatsform werden, wir haben den Deutschen aufzudecken, der begangen wird, wenn man die Republik für die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens verantwortlich macht. Wir haben auf den Vorzug hinzuweisen, daß jetzt nicht mehr der Landadel und seine Gefolgschaft, sondern das Bürgertum, die Arbeiterpartei, das Bauerntum das Wort hat. Allerdings muß gerade in der Demokratie die Fähigkeit für die Befestigung von Regierungsstellen entscheiden und ebenso die sittliche Sauberkeit. Auf dem neu geschaffenen Boden sollen wir weiter bauen und mit Klarheit, wenn auch ohne Ueberstürzung, auf die Weichheit hinarbeiten, die nicht nur für das innere Leben Deutschlands, sondern auch für die Nachwelt nach außen unentbehrlich ist.

Die Deutschnationale Partei rückt immer mehr nach rechts, ebenso die Deutsche Volkspartei, die sich jetzt gleichfalls lebhaft an der monarchistischen Propaganda beteiligt, obwohl ihr Vorkämpfer anfangs entschlossen war, auf den Boden der republikanischen Staatsform zu treten. Die Deutsch-demokratische Partei pflegt als Staatspartei die Staatsgewalt und tritt den Gefahren von rechts wie von links gleich energig entgegen. Sie hält am Privatbesitz als Regel fest, läßt Sozialisierungen nur als Ausnahmen zu und sieht auch der Kommunalisierung ganz bestimmte Grenzen.

In Bezug auf die Zukunft hätten wir uns, Entmutigung zu vermeiden. Die Zeiten sind schwer und können noch schwerer werden. Aber einige Lichtstrahlen blitzen doch schon wieder durch die Wolken. Es zeigt sich wieder Arbeitslust, es bereitet sich eine internationale Balkankonferenz vor, wir haben eine Anleihe erhalten und dürfen auf weitere rechnen. Die Hauptsache bleibt, daß nicht neue Unruhen, mögen sie von rechts oder von links kommen, die Entwicklung zum Besseren jähren. Diesen Gefahren bannen wir durch eine demokratische Politik am sichersten vor. Der Ausgang der Wahlen wird die weitgehenden Hoffnungen der Rechte als phantastisch erscheinen lassen. Die drei Mehrheitsparteien erhielten zuletzt 23,1, die Deutschnationalen und die Volkspartei zusammen nur 4,4 Millionen Stimmen. Selbst wenn im einzelnen Verschiebungen eintreten sollten, so wird an dem Gesamtverhältnis der Parteien zu-

einander Wesentliches kaum geändert werden. Die Mahnung des Redners zu treuer und kräftiger Arbeit für das Vaterland fand freudigen Widerhall.

Unterstaatssekretär Meyer sprach über die Demokratisierung Preußens. Besonders Interesse fanden seine Mitteilungen über die Veränderungen im Personalbestand der preussischen Verwaltung seit der Revolution. Er betonte dabei, daß sich das Recht, die Regierungsbeamten zu entfernen, nur auf die im engeren Sinne politischen Beamten, wie Oberpräsidenten, Regierungs- und Polizeipräsidenten und Landräte erstreckt, nicht aber zum Beispiel auf die vortragenden Räte in den Ministerien. Im einzelnen legte der Redner dar, daß von 11 Oberpräsidenten zwei den Oppositionsparteien angehören, während einer liberal ist, ohne sich einer bestimmten Partei anzuschließen. Zwei (Lepmann und Schwander) sind Demokraten, zwei gehören dem Zentrum, vier der Sozialdemokratie an. Von den 35 Regierungspräsidenten sind 17 neu ernannt, darunter 7 Demokraten, 4 vom Zentrum, 3 von der Sozialdemokratie, während der Rest reine Beamten zum Teil konservativer Richtung sind. Von den 486 Landrätsstellen haben etwa 150 ihren Inhaber gewechselt, darunter sind 20 sozialdemokratische Landräte, fast ausschließlich in Kreisen mit überwiegend sozialdemokratischer Bevölkerung. Leitend muß der Gedanke sein, daß die Verwaltung in gutem Gang bleibt und sich nicht auflösen dürfe, wie das Heer sich aufgelöst hat. (Lebhafte Beifall.)

In der anschließenden Debatte sprachen Justizrat Hammerstein (Kottbus), die Abg. Michel, Bruchhoff und Bahr, sowie Dr. Bogelstein (Charlottenburg), Mosch (Schmargendorf), Dr. End u. a. Bei den Vorstandswahlen wurde der Vorsitzende Unterstaatssekretär Meyer wiedergewählt.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 12. Februar 1920.

Ordentliche öffentliche Stadtverordneten-Versammlung am 11. Februar 1920.

Anwesend waren 36 Mitglieder des Kollegiums, ferner Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, sämtliche Stadträte und Stadtbaurat Rogge. Leiter der Verhandlungen war Stadtverordneter-Direktor Dr. Erdmann. Dieser eröffnete die Sitzung durch Bekanntgabe verschiedener geschäftlicher Mitteilungen. U. a. verlas er ein Dankschreiben des Rectors Hermann für eine gewährte Zulage und eine Eingabe des Gutsenberghaus und des Ortsverbandes der deutschen Buchdrucker, daß über die ungleiche Verteilung der städt. Druckkosten auf die hiesigen Buchdruckereien Beschwerde führt. Hierzu äußern sich Stadtr. Meißel, Erster Bürgermeister Dr. Erdmann und Stadtrat Schumann, der den Vorwurf der einseitigen Berücksichtigung bei der Verteilung als unbegründet zurückweist. Die Versammlung beschließt, die Eingabe dem Magistrat als Material zu überweisen.

Kleine Vorlagen.

Mit der endgültigen Anstellung des Buchhalters Schrader erklärten sich die Stadtverordneten einverstanden. — Der Beschaffung einer Schreibmaschine für das städt. Wohlfahrtsamt wurde zugestimmt, die Kosten in Höhe von 3450 Mk. wurden bewilligt. — Die Einreichung der Hilfspolizeiwachmeister in

Klasse V/3 der Gehaltsordnung, die ein Anfangsgehalt von 2800 Mk. vorsieht, wurde genehmigt. — Der Erhöhung des Kleidergeldes für die Polizeibeamten von 200 auf 300 Mk. wurde zugestimmt. — Die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Schulgelder an der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen vom 1. April d. J. wurde ebenfalls genehmigt, bezgl. eine Vereinbarung mit der Gaszentrale Altwasser, wodurch der Gaspreis für den Versorgungsbezirk Altwasser wie in Waldenburg für die Monate November-Dezember 1919 eine kleine Erhöhung erfährt. — Das pensionsfähige Dienstalter der Vorsteherin der städt. Gewerbe- und Handelsschule für Mädchen, Fräulein Grégorie, wurde ihrer Bitte gemäß auf den 1. Januar 1900 zurückdatiert. — Zur Nachzahlung des auf die hiesige Stadtgemeinde entfallenden Unterschiedsbetrages der den Kriegshinterbliebenen zu ihren Renten gewährten Zenerungszulagen wurden 2600 Mk. bewilligt, die aus laufenden Mitteln gedeckt werden sollen. — Einem vom Magistrat vorgelegten Nachtrag zum Gaslieferungsvertrag mit der Fuchsgrube wurde von der Versammlung ebenfalls zugestimmt. — Der Witwe des Bergbauers Schatz, der hier am 13. September bei den Unruhen vor dem Rathaus durch eigenes Verschulden den Tod fand, wurde eine widerrufliche Rente von 1680 Mk. jährlich gewährt.

Genehmigung zur Erweiterung und anderweitigen Unterbringung städt. Büros und Bewilligung von 45 000 Mark hierzu.

Stadtv.-Vorsteher Direktor als Referent führte zur Begründung der Magistratsvorlage aus, daß verschiedene städtische Büroräume schon wieder nicht ausreichen, und daß daher weitere Räume geschaffen werden müßten. U. a. sollen die Büros der städt. Sparkasse durch Hinzunahme der über der Kasse liegenden Büros im 1. Stock erweitert und zu diesem Zweck eine Wendeltreppe angelegt werden. Ferner hat sich eine Verlegung des Bau- und Wohnungsamtes vom „Fleischen Hof“ nach den Souterrainräumen des Amtsgerichtsgebäudes als notwendig erwiesen. Die Räume dortselbst sind bereits umgebaut und in diesen Tagen auch von dem Bau- und Wohnungsamt bezogen worden. Die Kosten für die Erweiterungsbauarbeiten, Büromöbel, Lampen usw. betragen 45 000 Mk. — Stadtv. Zappe betonte es, daß der Magistrat die Stadtverordneten vor vollendete Tatsachen stelle, denn der Umzug nach dem Amtsgericht sei bereits vollzogen worden, ohne erst die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung abzuwarten. Bei der Vorlage betr. die Genehmigung zur Errichtung eines 5. Steuertermins habe der Magistrat erklärt, daß fortan die größte Sparbarkeit eintreten solle. Schwere Herzen habe daher die Schuldeputation die Genehmigung einer einmaligen Wirtschaftshilfe an die Lehrer abgelehnt, ferner muß wegen der schlechten Finanzen die Milchanleihe an arme Schulkinder am 1. April eingestrichen werden. Auch für die Unterstützung der Volkshochschule in Waldenburg ständen keine Mittel zur Verfügung. Angesichts dieser Tatsachen könne jetzt diese 45 000-Mk.-Vorlage nur kopfschüttelnd hervorgehoben werden. Brauchte man wirklich so dringend größere Büroräume, so hätte der Magistrat lieber die Räume des Rathes in Benutzung nehmen sollen, wo sich ja erst am 1. Januar ein Wechsel in der Restaurant-Bewirtschaftung vollzogen habe. — Stadtv. Mlle schloß sich den Ausführungen des Vorredners in allen Punkten an. Die Versammlung habe das Recht zu verlangen, über solche große Vorlagen beizeiten unterrichtet zu werden, denn sie sei keine „Nagelmaschine“. Sollten sich derartige Vorgänge wieder-

Die Entdeckung des Professors Einstein.

Es ist jetzt viel von der epochalen Entdeckung des Professors Einstein in Berlin die Rede, der sogenannte Relativitätstheorie. Die Materie ist so kompliziert, daß eine populäre Darstellung dieser Relativitätstheorie noch nicht gelungen ist. Ein Lehrer in Köln versucht jetzt die Sache aufzuklären. Er schreibt:

Ich möchte ein hübsches Beispiel für die Relativität der Bewegung anführen, das auch dem physikalisch weniger geschulten Laien einleuchten wird. Wir denken uns im Innern eines mit steter Geschwindigkeit gradlinig dahinjahrenden Eisenbahnwagens. Einer der Wagentische läßt einen Stein aus der Hand auf den Boden des Wagens fallen. (Vom Fußwiderstand, das heißt der Reibung, die der Stein während des Falles an der Luft erleidet, sei im folgenden einmal abgesehen.) Wie fällt dieser Stein? Selbstverständlich senkrecht; jedes Schulkind weiß das. Nehmen wir nun einmal an, ein Mann habe, an einem Bahnübergang stehend, den Vorgang beobachtet. Auch er sieht den Stein fallen, aber nicht senkrecht. Das wird uns sofort klar, wenn wir uns denken, ein anderer Beobachter, an dem der Zug einige Sekunden früher vorbeifuhr, habe die Vorbereitungen zu dem Experiment gesehen und beobachtet, wie der Reisende den Stein „ruhig“ in der ausgestreckten Hand hielt. Ist für diesen Beobachter der Reisende den Stein mit demselben „ruhig“? Nein, denn er sieht den Stein mit rascher Richtung und dem ganzen Zuge in waagrechter Richtung mit der Geschwindigkeit an sich vorbeiziehen! Doch kehren wir wieder zu dem ersten Beobachter am Bahnübergang zurück. Für ihn bewegt sich der Stein gleichzeitig in zwei Bewegungen: eine waagrechte, hervorgerufen durch die Zuggeschwindigkeit, und eine senkrechte, hervorgerufen durch das

Fallen des Steines, das heißt, durch die Anziehungskraft der Erde. Weshin sieht er den Stein in einer gekrümmten Linie zu Boden fallen, die der Mathematiker als Parabel bezeichnet, einer Kurve, die wir alle schon gesehen haben, wenn wir einen Wasserstrahl aus dem waagrecht gehaltenen Mundstück eines Gartenschlauchs ausfließen lassen. Fragen wir nun den Reisenden, der das Experiment ausführte, wie der Stein denn in Wirklichkeit gefallen sei, so wird er uns antworten: „Selbstverständlich senkrecht!“, während uns der Mann am Bahnübergang mit denselben Ueberzeugung erklären wird, daß der Stein während seines Falles eine Parabel beschreiben habe.

Welcher von beiden Beobachtern hat nun recht. Einstein gibt uns die Antwort: Beide haben recht; die Frage, wie der Stein in Wirklichkeit gefallen ist, ist gar nicht zu beantworten, denn eine Wirklichkeit im absoluten Sinne gibt es überhaupt nicht. Beide Beobachtungen befinden sich „auf verschiedenen bewegten Systemen“, daher ist die Fallkurve für den Reisenden in Wirklichkeit eine senkrechte, für den Mann am Bahnübergang „in Wirklichkeit“ eine Parabel. Man kann sich dies Beispiel übertragen denken auf den Flieger, der (immer abgesehen von störenden Luftströmungen), die von ihm abgeworfene Bombe stets senkrecht unter sich, das heißt senkrecht fallen sieht, während der Beobachter am Erdboden die von der Bombe beschriebene Parabel erblickt. Oder wir können uns das erste Beispiel etwas mannigfaltiger ausgestalten, wenn wir uns denken, wir säßen in einem Kraftwagen, der neben dem Zug auf der Landstraße dahinfährt. Mit unserer Geschwindigkeit gleich der Zuggeschwindigkeit, so sehen auch wir den Stein im Zug senkrecht fallen. Lassen wir aber den Kraftwagen seine Geschwindigkeit langsam mäßigen, so erschauen wir bei öfterer Wiederholung des Experiments jedesmal die

Parabel, die um so flacher wird, je mehr unsere Geschwindigkeit von der des Zuges verschieden ist. Und denselben Effekt würden wir offenbar erreichen, wenn der Zug still stünde, während wir im Kraftwagen an ihm vorbeifahren. Dann bewegte sich der Zug für uns waagrecht (rückwärts), und der fallende Stein beschrieb abermals eine Parabel.

Henriette von Meerheimb †.

Aus Weimar wird berichtet: Hier starb in vergangener Woche plötzlich Gräfin Margarethe Henriette von Büchau, Witwe des vor ungefähr zehn Jahren hier verstorbenen Generalleutnants a. D. Heinrich von Büchau, im 60. Lebensjahre. Sie war am 28. Juli 1859 zu Schmagerow in Pommern geboren, hatte im Jahre 1909 nach der Pensionierung ihres Gatten mit diesem in Weimar Wohnung genommen und gehörte seit Jahren zu den Größen der Weimarer Schriftstellerwelt. Unter ihrem Mädchennamen Henriette von Meerheimb schrieb sie eine große Anzahl von Romanen und Novellen, unter den ersten verschiedene mit historischem Einschlag, wie „Der Adjutant des Kaisers“, „Die Kinder Königs Ludwigs des XV.“, „Die verlorene Krone“ (aus dem Jahre 1866), „Die Vorleserin ihrer Majestät“ usw. Besondere Beachtung fand auch ihr Roman „Wenn die Toten fliegen“. Neben ihrer rein schriftstellerischen Tätigkeit befaßte sie sich viel mit philosophischen Problemen und hat durch Vorträge über Nietzsche usw. sich auch auf diesem Gebiete als eine kenntnisreiche und feingebildete, weit über den Durchschnitt ihrer schriftstellernden Geschlechtsgenossinnen stehende Frau erwiesen. (In der „Waldenburger Zeitung“ veröffentlicht wir erst vor kurzem den Roman „Stiefkinder“ aus der Feder Henriette von Meerheimbs.)

haben, so kann der Magistrat sicher sein, daß die Stadtverordneten ihm künftig keine Vorlagen statt abnehmen werden. — Erster Bürgermeister Dr. Erdmann gibt zu, daß es sich bezüglich der bereits umgebauten und bezogenen Räume im Amtsgericht um eine post festum-Bewilligung handele. Trotzdem sei ihm aber diese Kritik willkommen, denn sie stärke seine Stellung und sein Rückgrat gegenüber künftigen Wünschen und Forderungen ähnlicher Art. — Stadtv. Kleinwächter spricht die Hoffnung aus, daß eine weitere Verzeitelung der einzelnen Büros in der Art der Unterbringung in verschiedenen Gebäuden vermieden werden. Andernfalls dürfte sich für das Publikum bald die Ausständigung eines Situationsplanes empfehlen. — Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Jäschke, Meidel, Lante, Schumann, Dr. Müller, Petric und des Stadtbaurats Rogge stellte der stellvert. Stadtv.-Vorsteher Bestiner als Ergebnis der Debatte fest, daß über die nichtrechtzeitige Einbringung dieser Magistratsvorlage von links bis rechts eine tiefe Verurteilung in der Stadtverordneten-Versammlung herrsche. — Hierauf wurde die Summe von 45 000 Mark mit der Maßgabe bewilligt, daß Mitglieder des Kollegiums am nächsten Montag noch eine örtliche Besichtigung der fraglichen Räume vornehmen sollen, damit etwaige Wünsche an der bewilligten Summe noch erfolgen können.

Der Verband von Beamtenvereinen des Kreises Waldburg

hielt am Mittwoch in der Aula der Volksschule auf der Auenstraße eine starkbesuchte öffentliche Versammlung der Beamten und Lehrer des Kreises unter Vorsitz des Oberlehrers Dr. Spahier ab, in der Stellung zu der bevorstehenden Besoldungsreform genommen werden sollte. Bereits die letzte Vertreterversammlung hatte sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und war damals der neugewählte zweite Vorsitzende, Postmeister Kieger (Gottesberg), mit dem Referat für diese Versammlung beauftragt worden. Der Vortragende legte in seinen Ausführungen die große Notlage der Beamten und Lehrer in gegenwärtiger Zeit dar und erörterte dann die Richtlinien, die in der Presse über die bevorstehende Besoldungsreform erschienen sind. Wenn sie in dieser Form zur Verwirklichung kämen, so würde langgehegten Wünschen und Forderungen der Beamten besonders des Bundes und der Kleinstadt nicht entsprochen werden. Deshalb gelte es, mit allem Ernst und Nachdruck die Wünsche der Beamten der Öffentlichkeit und den Ministern zum Ausdruck zu bringen. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Eine Aussprache schloß sich an. Oberpostschaffner Köppler (Dittersbach) verspricht sich von den Schritten des Beamtenverbandes nur geringen Erfolg. Er ist für die Gründung eines Ortsausschusses des deutschen Beamtenbundes und gegen jede Zersplitterung. Lehrer Bäckold (Koselau) schildert die Notlage der Lehrer auf den kleinen Dörfern und protestiert dagegen, daß diesen immer wieder die Entzüge des Gartens und der Kleintiergärten vorgehalten werden. Hier sind die Unkosten oft größer als die Ergebnisse. Scharf wendet sich Kieber gegen den deutschen Beamtenbund und wird darin von Lehrer Zimmermann (Dittmannsdorf) unterstützt, weil der deutsche Beamtenbund sich gegen die Kinderzulagen ausgesprochen hat. Es sei zu beachten, daß gerade die Vertreter der Beamten und Lehrer der Großstädte sich gegen Kinderzulagen erklären, wo sehr viel Unberechtigte sind und Leute mit Kindern als „damm“ bezeichnet werden. Der Deutsche Beamtenbund vertrete nicht die Interessen der Land- und Kleinstadt-Beamten, und fände Kieber es verständlich, wenn diese Beamten sich der „Jodel“, dem Bunde der Land- und Kleinstadtbeamten und Lehrer anschließen. Erregt sei, daß der Verband von Beamtenvereinen sich für die völlige Gleichstellung sämtlicher Beamten in allen Orten des Kreises ausspricht und dafür eintritt. Alle Beamtenvereine müßten es als ihre Ehrenpflicht ansehen, dem Verbande beizutreten.

Die Versammlung nahm als Ergebnis der Aussprache folgende Beschlüsse des Vortragenden an: „Der Verband von Beamtenvereinen im Kreise Waldburg folgt seiner Pflicht zur neuen Besoldungsreform wie folgt zusammen: Das höchste Gehalt darf in allen Besoldungsstufen möglichst zeitig, spätestens aber in 15 Jahren, erreicht werden. Die Ortszulagen nach der Größe der einzelnen Orte abzustufen, ist ungerechtfertigt. Die Lebensverhältnisse in den kleinen und kleinsten Orten sind heute nicht mehr billiger als in großen und größten Orten. Werden Dorf- und Kleinstadt größer und kleiner Orte miteinander verglichen und aufgerechnet, so gleichen sie sich aus. Außerdem bedeutet aber die Festsetzung von Ortszulagen in verschiedener Höhe eine ungleiche Bezahlung der dieselben Dienste leistenden Beamten. Der Verband hält es dafür für richtig, wenn die Ortszuschläge fallen gelassen und die Grundgehälter entsprechend festgesetzt werden. Leberungszulagen sind in angemessener Höhe zu gewähren und nach einem Lohnermittlungsdurchschnitt automatisch zu regeln. Der Verband spricht sich für die Gewährung von Kinderzulagen aus. Die entsprechenden Gesetze sind mit bindender Verpflichtung auch für die Kommunalverbände zu erlassen. Gleichzeitig sind die Gesetze über die Ruhegehälter und die Hinterbliebenenbezüge unter Einbeziehung der Altersrenten einer zeitgemäßen Verbesserung zu unterziehen. Wir halten daran fest, daß die Erhöhung der Leberungszuschläge sich auch auf die Kinderzulagen erstreckt.“

Ein Lohnamt für die Provinz Schlesien

Auf Veranlassung des Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien fand im Breslauer Oberpräsidium eine Versammlung von Vertretern der hauptsächlichsten Organisationen der Arbeitnehmer

und Arbeitgeber aus Handel und Industrie und behördlichen Betrieben, insbesondere der Eisenbahn, statt, um über die Frage der Einrichtung eines sogenannten Lohnamtes zu beraten.

Der vielfach geäußerte Wunsch nach einem solchen Lohnamt beruht auf dem Gedanken, daß die ständig wechselnden Preise für alle Lebensbedürfnisse schon seit dem Waffensstillstande, besonders aber in den letzten Monaten vorgenommen werden mußten, eine für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen unerwünschte Unruhe in die Lohn- und damit Lebensverhältnisse gebracht haben. Das Lohnamt soll dazu bestimmt sein, festzustellen, welche Änderungen in den Lebensbedingungen der Arbeiter, getrennt nach Wirtschaftsbereichen, eingetreten sind, die eine Lohnänderung nach oben oder nach unten zu rechtfertigen geeignet wären. Es soll so eine objektive Grundlage geschaffen werden, auf der sich alle Beratungen der für Lohnänderungen maßgebenden Stellen aufbauen könnten.

Die Versammlung stimmte der Einrichtung eines oder mehrerer Lohnämter für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche Niederschlesiens einhellig zu. Sie ging aber noch darüber hinaus, indem sie sich auf die Herstellung einer provinzialen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einigte, welche die Aufgabe haben soll, zunächst dieses Lohnamt einzurichten, dann aber auch unmittelbar die Herstellung ruhiger Arbeitsverhältnisse auf Grund der Ermittlungen des Lohnamtes herbeizuführen. Ueber das Arbeitsprogramm und die Organisation der Arbeitsgemeinschaft soll zunächst ein in der Versammlung eingesetzter Ausschuss beraten.

Auf Grund der Vorschläge dieses Ausschusses wird dann eine aus je neun Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzte Kommission die endgültigen Beschlüsse über Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft und des Lohnamtes fassen.

Warum ist dem Realgymnasium der Beruf des Handwerkers zu empfehlen?

Diese Frage beantwortete der stellvertretende Syndikus der Breslauer Handwerkskammer, dipl. Kaufmann Schallahn, in einem Vortrage, den er vor Unterschuldenrat der Breslauer Oberreal- und Realgymnasien und ihren Eltern hielt. Er zeigte, wie trotz der Zukunft seit dem Versäuln Frieden der Beamte entgegengehe, wie infolge Rohlen- und Rohstoffmangels die Industrie zurückgehen werde, wie aber andererseits der Klein- und Mittelbetrieb des Handwerks die beste Zukunft habe und bisher nur die richtige Beachtung noch nicht gefunden habe, weil der Handwerker es noch nicht verstände, etwas aus sich zu machen — Schulbildung, Gewandtheit und Form des Umgangs hätten ihm gefehlt, zum rechten Zusammenschluß der Handwerker wären keine Führer beigegeben. So sehr der Handwerkerlehrling mit guter Schulbildung (der Obersekundarstufe) einer einflussreichen und gewinnbringenden Zukunft entgegen, und seine Ausbildung werde ihm einst sein Glück, wenn nicht in Deutschland, so doch im Ausland finden lassen, namentlich in Rußland, wohin wir unsere künftige Wirtschafts- und Auswandererpolitik richten müßten. Zum Auswanderer wäre aber nur der Handwerker, weniger schon der Kaufmann und gar nicht der Beamte, tauglich.

Ein früherer Realgymnasialstudent, jetziger Kirschnergeselle, und ein Schneidermeister bestätigten und ergänzten solche Mitteilungen durch ihre eigenen Erfahrungen, und priesen das Handwerk, das ihnen reiche Einkünfte, Unabhängigkeit und weitgehenden Wirkungskreis verschaffe.

Es ist schade, daß man in solchen Vorträgen auch heute noch nicht den starken sittlichen Gehalt hervorheben mag, der auch im Beruf des Handwerkers steckt. Verständnis finden solche Fragen leider noch bei den wenigsten Menschen, und man muß schon zufrieden sein, daß die fünf Breslauer Realanstalten eine Versammlung von etwa 30 Schulprüflingen aufbringen, die es über sich gewinnen, bei ihrer Berufswahl das Handwerk überhaupt in ernsthafter Erwägung zu ziehen.

* Eine Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Fliegertruppen wurde hier gestern im Realgymnasium gegründet. Es sollen durch diese Vereinigung der kameradschaftliche Zusammenhalt und das Interesse an der Fliegerei gefördert und erhalten werden.

* Die Schülerinnen der Handarbeitschule der Grauen Schwestern veranstalteten am Dienstag im Saale des „Schwarzen Hofs“ in Altwaßer ein Gastnachtsvergügen. Zahlreich waren die Angehörigen der Schülerinnen und geladene Gäste erschienen. Musikalische und theatralische Darbietungen wechselten in bunter Reihe und unterhielten die Erschienenen aufs angenehmste. Die großen und kleinen Damen erzielten daher auch viele Beifallspenden. Eine gemeinschaftliche Kaffeetafel bot eine angenehme Erfrischung. Schmeister Graziosa hatte mit großer Mühe und Sorgfalt den Unterhaltungsabend vorbereitet, jedoch ihr allseitig besonderer Dank ausgesprochen wurde.

* Stadttheater. Es sei nochmals auf die beiden letzten Abendvorstellungen am Sonnabend nachmittag 3 Uhr und Sonntag nachmittag 4 Uhr aufmerksam gemacht. Zur Aufführung gelangt das Bandermärchen

„Dornröschen“. Das Stück ist von dem Spielleiter Fischer in Szene gesetzt und mit großer Sorgfalt einstudiert. Alle Rollen liegen in besten Händen, die Direktion hat zum Teil neue Kostüme und Dekorationen von einer Breslauer Firma für diese Aufführung ausgeliehen. Eine Pantomime, von Regisseur Fischer verfaßt, bildet den Schluß der Aufführung. Am Dienstag (Gastnacht) geht der bekannte Schwan, „Die spanische Fliege“ mit Direktor Max Böller in der Rolle des Mostrichfabrikanten Minke in Szene.

* „Kakodreh“. Unter Hinweis auf die im Inzeraten- teil befindliche Anzeige „Kohlenparer Kakodreh“ sei noch bemerkt, daß der Apparat in der Eisenhandlung von Reichelt, Ring, und beim Kaufmann Reichelt, Waldenburg Neustadt, zur Ansicht ausgestellt ist.

* Presse und Inzeratenverbot. Die Strafkammer des Landgerichts Cassel hat, wie die „Zeitungsfunde“ mitteilt, durch Urteil vom 6. Dezember v. J. eine Verordnung des Magistrats der Stadt Cassel, monach Wohnungsanzeigen nur mit Zustimmung des Wohnungsamts in der Zeitung veröffentlicht werden dürfen, für ungültig erklärt. Die Strafkammer hat im Urteil u. a. folgende Gründe für ihre Entscheidung angeführt: Das Reichsgesetz vom 4. August 1914 (Ermächtigungsgesetz) ermächtigte den Bundesrat nur zu wirtschaftlichen Maßnahmen. Da die Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 auf diesem Ermächtigungsgesetz beruhe, so könnten auch nur wirtschaftliche Maßnahmen durch sie gedeckt werden. Das Inzeratenverbot sei aber keine rein wirtschaftliche Maßnahme, sondern in erster Linie eine politische Maßnahme, da es in das staatsbürgerliche Recht der Pressefreiheit eingreife. Ferner müsse, wenn die Landeszentralbehörde auf Grund des § 9 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 von ihrer Befugnis Gebrauch machen wolle, die Gemeindebehörden zum Erlaß von Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels zu ermächtigen, diese Ermächtigung in gesetzlich vorgeschriebener Weise veröffentlicht werden. Schließlich verstoße das Inzeratenverbot auch als Eingriff in die Pressefreiheit gegen § 1 des Reichspressegesetzes vom 7. Mai 1874. Die vorerwähnten Gründe dürften auch die Ungültigkeit der zahlreichen von den örtlichen Demobilmachungsbehörden erlassenen Anzeigenverbote für den Arbeitsmarkt zur Folge haben.

* Rückkauf von Orden. Diejenigen preussischen Orden, die bisher nach dem Ableben des Besitzers zurückgeliefert werden mußten, können ihm gegen Zahlung eines angemessenen Preises zu Eigentum überlassen werden. Näheres durch die Generalordenskommission in Berlin. Der Rote Adler-Orden 4. Klasse, das Altem. Ehrenzeichen und das Militär-Ehrenzeichen 1. und 2. Klasse können unentgeltlich überlassen werden, bezgl. soll auch die Rettungsmedaille am Bande dem Besitzer belassen werden.

* Zellhammer. Elternbeiratswahl. In Folge des Ministerialerlasses über Elternbeiräte fand in der zweiten Versammlung der Eltern jener Kinder, die die evangelische Schule in Vorber Zellhammer besuchen, die Wahl des Wahlvorstandes statt, nachdem Rektor Schulz den diesbezüglichen Ministerialerlass noch einmal eingehend erläutert hatte. Besonders betonte er, daß auch Ausländer und Altkatholiken, die ihre Kinder in die evangelische Schule schicken, sowie diejenigen Eltern stimmberechtigt sind, deren Kinder Eltern in die Schule eintreten; Eltern, deren Kinder Eltern die Schule verlassen, jedoch sie mit der Schule gar nicht mehr in Verbindung stehen, sind dagegen nicht stimmberechtigt. In den engsten Wahlvorstand wurden gewählt Lehrer Anders und Kaufmann Hermann Scholz als Vorsitzende und Schulverwaltungsassistent Albert Taubitz als Schriftführer. Zur Ergänzung des Vorstandes und als Stellvertreter wurden gewählt Hausbesitzer Güter (Neu Läßig), Knappschaffmeister Gumprecht und Ueberlein, Aufseher Gumpel (Neu Läßig), Bergmann Karl Gottwald und Witroassistent Alfred Spier.

* Ober Salzbrunn. Verhaftete Einbrecher. Verhaftet wurden hier selbst die Gelegenheitsarbeiter Paul Schneider und Arnold Simon, denen die in letzter Zeit erfolgten Einbruchsdiebstähle in verschiedenen Hotels zur Last gelegt werden. Ferner wurde festgestellt, daß die Verhafteten auch Beziehung zu dem Diebstahlschenden des Dr. med. Förster hatten, und dürfte dadurch auch der große Einbruch in der Förster'schen Villa seine Aufklärung finden.

* d. Sargau. Die zweite Elternversammlung zwecks Aufklärung über die Wahl zum Elternbeirat wurde am Dienstag im „Fürstengrund“ abgehalten. Die rege Beteiligung zeigte, welches Interesse dieser Angelegenheit von allen Seiten entgegengebracht wird. Hauptlehrer Nieblisch sprach über die Bedeutung der Wahl, gab die Satzungen und die Wahlordnung eingehend bekannt und sprach insbesondere über die Wahlweise und über die Aufstellung der Kandidatenliste. Der zum Schluß gewählte Wahlvorstand setzt sich zusammen aus Hüttenbeamten Hermann Bräuner, Eisenformer Wlad, Maschinenführer Rabnow, Grubenbäcker Schneider, Vollziehungsbeamten Wiesner. Der Wahlvorstand einigte sich dahin, nur eine Kandidatenliste aufzustellen.

Trotz eigener Not greif in die Taschel
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postcheckkonto Berlin 75776
oder auf Deine Bank
Deutscher Sängerbund, Berlin NW 52

„Die von Drüben.“

Novelle von Fr. Knefelde.

Nachdruck verboten.

Gr. — In dunkler Abendstunde schlich Christine an den Postkasten, um nach Briefen zu fragen. Dunkel gelleidet — sie trug ja Trauer, konnte es ihr mit ihren 38 Jahren keiner anmerken, daß sie Heiratsanträge erwartete. Dennoch pochte ihr Herz, glühten ihre Wangen. — Mit gleichgültiger Miene nahm der Beamte ein großes Paket Briefe zur Hand und siehe, schon der zweite Brief glitt heraus, dann noch einer und wieder einer und so fort. Es schneite Liebes- und Heiratsanträge für sie. Hastig wollte sie nach ihrem Päckchen greifen und entleeren, aber der Beamte rief „Halt!“ Die Post vom vorhergehenden Tage war noch nicht erledigt — es kam noch ein reichlicher Segen nach. Leise Heiterkeit machte sich unter den Anwesenden bemerkbar; auch der Beamte lächelte. Christine hätte in die Erde sinken mögen. Am liebsten wäre sie ohne Briefe davon gelaufen, aber das wäre noch schlimmer gewesen! Atemlos kam sie mit ihrem Bündel unter dem Cape nach Hause! Ein Standat, wie diese Männer sind! Diese Eier nach dem blühenden Gold eines alternden Mädchens.

Am besten, den ganzen Kram verbrennen, sowie die Dienerin nicht in der Küche war! —

Daß Christine einen solchen Entschluß faßte, war so gekommen! —

Die letzten Kondolenz-Besuche hatten sich verlaufen, die letzten Kondolenzbriefe waren beantwortet.

Christine, die Universal-Erbin der längst verstorbenen Tante war allein in dem einsamen Heim, das immerhin von bescheidenem Wohlstand zeigte und das unumkehrbar ihr Eigenes war. Dort stand noch der altfränkische, fettig-schmutzige, abgeschabte Beinhstuhl, in dem die Tante gelebt hatte und wo sie gestorben war. Um diesen Beinhstuhl, von dem sich die alte Dame nicht trennen wollte, hatte sich Christines Erlenz vierzehn Jahre lang gebogen.

Vierundzwanzig Jahre alt war sie gewesen, als man sie zur Pflege der 68jährigen Verwandten berufen hatte, die von einem Schlagfluß gestreift worden war. Christine nahm gerne an. Arm, ausichtslos, ohne besondere Begabung oder Unternehmungsgestalt, mit einer trüblich gezeichneten Jugendliebe hinter sich, schien es ihr noch ein besonderes Glück, daß ein Testament zu ihren Gunsten errichtet wurde, falls sie die kranke Dame bis an deren Lebensende liebevoll pflegen wollte. Ein zweiter Schlaganfall konnte das halb gebrochene Leben täglich beenden, doch konnte die Katastrophe immerhin ein bis zwei Jahre ausbleiben. Wie gesagt, die Tante lebte noch vierzehn Jahre und starb an Altersschwäche. Christine, eine sanfte, zur Resignation geneigte Natur war nicht müde geworden, hatte wunschlos ihre schwere Pflicht getan.

Die kleinen Einkünfte, die nötig wurden und etwas Lektüre bildeten ihre einzige Zerstreuung. Sie hatte sich gesund und kräftig erhalten, sah recht stattlich aus in ihrem feinen Trauerkleide.

Leer und reizlos lag das Leben vor ihr. Ihre zahlreichen Geschwister waren verstorben, verheiratet oder auch verstorben. Auf Wunsch der Verstorbenen mußte sie das erprobte Dienstmädchen behalten, somit hatte sie nicht einmal etwas zu tun.

Nun saß sie, die reiche müßige Dame, an dem Fenster der großen Stube, genau wie sonst, dem unappetitlichen Beinhstuhl gegenüber und blätterte in einer Anthologie. Da schlug sich vor ihr, wie von selbst, das schöne Gedicht von Hamerling auf:

„O verzweifle nicht am Glück.“

Immer und immer wieder las sie die schönen Strophen, ohne sie auf sich zu beziehen.

Da hörte sie unten auf dem Mosaikpflaster des

Hofes einen kleinen, trippelnden Schritt.

Das war der kleine Junge von drüben, der aus der Schule kam. Rasch öffnete sie das Fenster. Da strebte das zarte Fräulein, den großen Kanten auf dem Rücken, dem Hofeingang zu und das lange, goldblonde Haar quoll unter der verregneten Mütze hervor.

„Warte, Friedel, ich habe etwas für Dich!“

Ein winziges, blaßes Gesichtchen erhob sich und zwei tiefblaue Kinderaugen blickten erwartungsvoll auf die prachtvolle Riesenbirne, die in Seidenpapier gehüllt, hinterherzog. Friedel dankte und diente strahlend und Christine lächelte noch immer, nachdem die kleine Gestalt längst verschwunden war. Aber bald darauf glänzte das blonde Köpfchen drüben am Fenster auf, wie ein flüchtiger Sonnenstrahl, tauchte dann wieder unter in dem Dunkel des Innenraumes. Schon zwei Jahre lang, seit die Leute drüben eingezogen waren, war es eine kleine Zerstreuung, eine Freude in ihrem eintönigen Leben, dieses liebe Kind, diese einfache Familie zu beobachten. Da war ein Vater mit schon ganz grauen Haaren und eine sehr blaße, abgeehrte Frau; Christine wußte nicht, wer sie waren. Wer weiß in der Großstadt von den Mitbewohnern im andern Flügel? Nur, daß sie ihre Vorderstube an eine fränkische Dame vermietet hatten und nur die zwei Hinterzimmer bewohnten. Sie selbst hatte dieselbe Wohnung inne, nur daß die Vorderstube die „gute“ war.

Nun erschien Friedel mit seiner Schiefertafel, trugte diese auf die Nähmaschine — und Christine sah gespannt zu: sie glaubte immer gleich zu merken, ob die Schularbeit gelang oder nicht.

War es die Rückwirkung des Gedichtes?

Ihre Verlassenheit, ihre Vereinsamung überfielen sie ganz überwältigend. Was sollte sie mit sich selbst beginnen?

Ohne sich weiter um Friedels schriftliche Leistungen zu kümmern, schritt sie unruhig im Zimmer auf und nieder. Weshalb sollte sie sich nicht noch verheiraten? Mit 38 Jahren, wohlhalten, wohl situiert, wie sie war? Warum am Glück verzweifeln? Es war kein vernünftiger Grund dazu vorhanden! Aber woher einen Mann nehmen? Sie konnte doch dem Briefträger keinen Heiratsantrag machen, der neulich dem Dienstmädchen erzählt hatte, daß er eine passende Partie suche. Es blieb also nur die Zeitung! Obgleich Christine sich schämte, sich so auszubieten, setzte sie sich doch hin, um eine schlichte Annonce aufzusetzen. Sie verlangte einen Mann über vierzig, von Gemüt und Charakter mit bestem, aber sicherem Einkommen, Witwer mit Kindern bevorzugt. Das Letztere schrieb sie nicht in vollstem Glauben. Denn eigentlich wünschte sie sich kein anderes Kind als den kleinen Friedel von drüben mit dem süßen, blaßen Gesichtchen, das unter der blonden Mähne noch winziger erschien.

Zwei Tage später stand die Annonce im Lokalblatt und nahm sich recht verlockend aus mit dem „etwas Vermögen — behagliches Heim, wohl eingerichtet.“ Aber auch ihr Alter war ehrlich angegeben. Am Ende war sie doch zu alt! (Schluß folgt.)

Bücherschau.

Karneval 1920 schleicht schon durch die Tage, noch freudlos im Schatten der letzten schweren Jahre. Die Megendorfer-Blätter sind der beste Karnevalsersatz in schwerer Zeit. Ihr behäbiger heistlicher Humor, der in Wort und Bild zum Ausdruck kommt, ihre nie verlassende und stets trefflichere Satire, ihre fröhlichen Geschichten und Gedichte schaffen jedem Leser wirklich heitere vergnügliche Stunden, denen nicht Reue noch Ärger folgen. Das Abonnement auf die Megendorfer-Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag in München, Perusplatz, 5.

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 37.

Waldenburg, den 12. Februar 1920.

Bd. XXXVII.

Die Sonnenjungfer.

Ein Roman von der roten Erde von Anny Wothge.

Amerikanisches Copyright 1919 by Anny Wothge-Mahn (Leipzig).

Nachdruck verboten.

(21. Fortsetzung.)

„Du vergißt, Margone“, entgegnete er bestimmt, „daß wir übereingekommen sind, die Vergangenheit sollte tot sein. Gewiß habe ich die Zeitungsnotiz gelesen, aber abstrakt verbarge ich sie vor Deinen Augen. Wozu sollte ich neue Kämpfe und Schmerzen heraufbeschwören, die zu bannen ganz außerhalb meiner Macht lag? Zudem sind es ja nur Vermutungen, daß dieser Graf Waldbau wirklich der Erbprinz von Binsingen-Gechingen und Dein Sohn ist. Er selbst hat sich nicht dazu bekannt.“

„Doch, Vater“, warf Helmgard ein. „Er selbst hat mir erzählt, wie er dazu kam, seinen Rechten zu entsagen und den Namen eines Grafen Waldbau anzunehmen.“

Mit weitgeöffneten Augen starrte Margone Helmgard an.

„Er hat es Dir selbst erzählt, er hat gesagt, daß er mein Sohn sei?“

„Nein, Mama“, entgegnete Helmgard, weich und zärtlich Margone umfangend, „er hat in bezug auf seine Mutter, die ihn in frühesten Jugendzeit, wie er meint, grausam verlassen, ein hartes Herz. Er will seine Mutter nicht kennen. Morgen schon, Mama, wird er vielleicht in ferne Länder ziehen, um nie wieder-zukehren“, hier zitterte Helmgards Stimme merklich — „und Du wirst Deinen Sohn dann nie mehr suchen können.“

Margone sah Helmgard hilflos an.

„Was willst Du damit sagen, Helmgard?“

Das junge Mädchen warf ihrem Vater, der heftigen Einspruch erheben wollte, einen bit-tenden und zugleich warnenden Blick zu und dann wiederholte sie hastig den größten Teil des Gespräches, das sie mit Graf Waldbau über seine Vergangenheit geführt. Die tragische Liebesgeschichte des ehemaligen Erbprinzen streifte sie nur ganz leicht, denn sie konnte und wollte nicht mehr verraten, als unumgänglich nötig war, weil sie kein Recht hatte, die inneren Angelegenheiten Reimers mit anderen zu besprechen, soweit es sich nicht um Mutter und Sohn handelte.

Margone zitterte an allen Gliedern.

„Also auch ihn haben sie halb zu Tode ge-
heht, meinen armen Reimer“, murmelte Mar-
gone, „wie sie mich an den Rand der Verzweif-“

lung brachten, aus der mich nur die treue Liebe Deines herrlichen Vaters errettete. Ach, Giliert“, schluchzte sie auf, „wie schwer strafft mich das Geschick, wie bitter schwer. Und kein Weg, der wieder zum Licht führt.“

„Doch, Margone, Du mußt den Weg nach Canossa gehen. Ich weiß, es ist hart für Dich, aber Mutterliebe wird Dich führen.“

Die blaße Frau richtete sich mit einem plötzlichen Ruck in die Höhe.

„Und Du wirst mit mir gehen, Giliert?“ fragte sie atemlos.

„Nein, Margone, ich würde ein schlechter Anwalt sein. Helmgard, das fühle ich, ist dar-um gekommen, Dich zu geleiten. Nicht wahr, Sonnenjungfer?“

Helmgard nickte ihrem Vater zu.

„Ja, Mama“, erwiderte sie, „deshalb bin ich gekommen. Wir wollen gemeinsam die Sonne suchen, ehe es Nacht wird.“

Der Freiherr sah erschrocken auf.

Welch ein seltsamer Ton klang in der Stimme seines Kindes. Das war wie Schmerz und vorhin war Helmgard doch so heiter gewesen. Sollte sie um Not und Balda leiden, deren Glück sie eben erst so froh gemacht?

Und heiße Angst erfüllte die Brust des Man-nes um die beiden, die ihm das Feuerste im Leben waren. Sein Kind und sein Weib, die jetzt engumschlungen in den stillen Abend hin-auswanderten, wie zwei müde Pilger, die eine Heimat suchen.

Er sah ihnen lange nach, wie sie sich lang-sam dem Erlenschloß zuwandten.

Die Sonne ging schon am Heiderand hinab, und die dunklen Föhren standen im Schatten. Die beiden Frauen aber schritten hochaufgerich-tet in den roten Glanz des scheidenden Tages hinein. Margones weißer Schleier, den sie über ihr kupferfarbnes Haar geworfen hatte, blähte sich über dem weißen Kleide im Abend-winde wie ein weißes Segel mit Purpursäumen, und Helmgards goldene Kappe glühte golden auf.

Der Freiherr senkte tief. Wie ein Aus-gestogener kam er sich vor und doch hatte er gemeint, ein jeder Atemzug der geliebten Frau gehöre ihm und alle ihre Wege müßten ge-meinsam nur einem Ziele zustreben.

Mit herzerzitternder Gewissheit aber fühlte er, daß Mutterliebe stärker war als Gatten-liebe, und daß er verzichten und zurücktreten mußte, wenn die Mutter sprach.

Er hatte nicht geglaubt, daß es so schwer sein würde.

Und sein eigenes Kind führte die geliebte Frau dem Sohne zu, der seine Mutter verachtete, anstatt sie anzubeten, wie Margone es verdiente.

Er sah keine Schuld, Gilest von Ninkorode. Er sah alles durch seine tiefe Liebe und durch sein eigenes großes und reiches Herz verklärt.

Margone und Helmgard wandelten schweigend dem Erlenschloß zu.

Margone ging stolz wie ein Mensch, der überwunden hat. Ihre Mirkelungen leuchteten wie Goldtopase, und um den feinen roten, leidumflossenen Mund stand ein starkes Wollen.

Nur zuweilen, wenn Helmgard zärtlich beruhigend ihren Arm drückte, schauerte sie leise zusammen vor dem Kommenden.

Nun waren sie schon ganz nahe. Der Erlenschloß brauste in wildem Schaumgestiebe ihnen entgegen, und geheimnisvoll und schaurig klang es der blaffen Frau aus den Wassern entgegen.

Dort hatte ihr anderes Kind sein junges Leben gelassen, und sie ging nun, den so früh verlorenen ersten Sohn zu suchen, der seine Mutter verließ.

Ein heißes Bangen beschlich Margone.

„Meinst Du, daß wir ihn noch finden?“ fragte Margone tonlos, „das Schloß sieht wie ausgestorben aus.“

„Ich hoffe es, Mama. Wie ich vorhin hörte, hat man das Gepäck des Grafen schon zur Bahn gebracht, darum kam ich zu Dir.“

Margone umfaßte dankbar Helmgards Hand. Jetzt hatten sie das Schloß erreicht. Dunkel und grau lag es da. Die Sonne traf es nicht mehr mit ihrem Schein.

Helmgard zog vor dem hohen eisernen Gitter die Glocke. Dämpf dröhnte ihr Klang, so daß Helmgard tief erschraf.

Niemand kam, um zu öffnen. Tot, verlassen lag das graue Schloß.

Und wieder klang die Glocke. Ihr Ton war hart, wie ein Schrei.

Schlürfende Schritte nahen behutend, und der alte, weißgraue Diener Josef spähte durch das Gitter.

Erschreckt, leichenblau blickte er auf die beiden Frauengestalten, die Einlaß begehrten.

Mit zitternder Hand öffnete er das eiserne Tor.

„Kennst Du mich nicht mehr, Josef?“ fragte Margone leidvoll, und ihre feine, weiße Hand streckte sich dem alten Diener entgegen.

Einen Augenblick blickte er die schöne Frau an, dann küßte er ehrfurchtsvoll die schlanke Hand, und während heiße Tränen seinen Augen entströmten, schluchzte er auf:

„Nun kann der alte Josef in Frieden fahren, Hoheit, meine Aufgabe ist erfüllt. Eine Mutter kommt zu ihrem Kinde.“

„Welche mich Deinem Herrn, Josef“, sagte Margone, jeder Zoll eine Fürstin und doch voll weicher Güte. „Ich will nicht fragen, wie mein Sohn den Weg hierher fand, aber fast glaube ich, Du alter Getreuer, Du bist nicht schuldlos daran.“

„Halten zu Gnaden, Hoheit“, erwiderte der Alte zerknirscht. „Als Seine Hoheit der Erbprinz Reimer sich nach einer Stätte umsah, um fern von der Welt ganz für sich zu leben, weil man ihm weh getan in der grausamen Welt, da fiel mir das alte Erlenschloß ein, in dem mir Hoheit einst den Anaben als heiliges Vermächtnis auf die Seele gebunden und das nun wieder zum Verkauf stand. Ich veranlaßte Seine Hoheit, das alte Schloß zu kaufen. Ich hoffte, Hoheit, daß ein Zufall hier zwei Menschen zusammenführen könnte, die sich meiden mußten und doch zusammengehörten.“

„Du guter Alter“, antwortete Margone gerührt und trat. Helmgard fest an der Hand haltend, über die Schwelle des Schlosses, das ihr und anderen so viel Leid gebracht. Josef führte die Damen die Treppe hinan und in den weißen Salon, in dem Margone einst gelebt, geliebt und gelitten. Die Bewegung drohte ihn zu übermannen, als er, die Tür hinter seiner einst von ihm angebeteten jungen Erbprinzessin schließend, vor sich hinhinmurmerte:

„Des Herren Wege sind wunderbar und er führt alles herrlich hinaus.“

Helmgards Herz klopfte in raschen, heißen Schlägen.

Nun würde sie den Mann wiedersehen — zum letztenmal vielleicht — der ihr so seltsame, leidenschaftliche Dinge gesagt, an welche sie denken mußte Tag und Nacht. Aber nicht er würde heute zu ihr sprechen, sondern sie zu ihm.

Und ihr Herz betete, daß Gott ihr die rechten Worte geben möge, das starre Herz dieses Mannes zu rühren, der seine Mutter haßte, die ihn liebte.

Schnell öffnete sich die Tür des Nebenzimmers und in dem Rahmen stand hochaufragend mit blühenden Augen Graf Walbau. Erschauernd dachte Helmgard einen Augenblick, daß er wie ein Herrscher aussah, so königlich, daß er alles zu seinen Füßen zwang. Aber furchtlos hob Helmgard den Blick zu ihm auf, dessen Augen zornig über Margone hinflammeten, als wollte er sie erschlagen, sobald kein Laut über Margones Lippen kam. Fest und sicher trat Helmgard dem Grafen entgegen.

„Eine Schwester kommt zu dem Bruder“, ergriff sie das Wort. Reimer erstarrte, „und sie bringt ihm die Mutter mit, die Mutter, die viele Jahre um ihr verlorenes Kind geweint.“

Graf Reimer lachte höhnisch auf. „Bemühen Sie sich nicht, Frau Baronin“,

sagte er, Helmgards Worte anscheinend überhörend, zu Margone, „unsere Wege können sich nicht eilen. Noch heute verlasse ich das Erlenschloß für immer. Nun habe ich selbst an mir erfahren, daß es verflucht ist.“

„Halt ein, Reimer“, rief Margone auf. „Hier warst Du glücklich als Kind. Hier ertönte Dein erstes, frohes Lachen, hier liebtest Du Deine arme, verratene Mutter, hier schlangst Du Deine kleinen Arme um ihren Hals, als man Dich von ihrer Seite riß und riefst — Josef wird es bezeugen —: Reimer will bei Mama bleiben, nur bei Mama.“

Graf Walbau sah überlegen mit dunklem Blick über seine Mutter hin.

„Mag sein, meine gnädigste Frau. Kinder wissen selten, was ihnen frommt.“

„Reimer!“ Es war ein herzererschütternder Laut, der sich den ganz erblassenen Frauenlippen entrang, aber er fand nicht den Weg zu des Sohnes Herzen.

„Verzeihen Sie, meine Damen“, sagte er mit leichtem Spott, „daß ich die Gastfreundschaft so sehr verlege, aber der Wagen wartet, der mich zur Bahn bringen soll, und ich meine, Frau Baronin —“ er machte Margone eine tiefe Verbeugung — „wir hätten uns nichts mehr zu sagen.“

Margone wankte und sie wäre zusammengebrochen, wenn nicht Helmgards kräftiger, junger Arm sie gestützt hätte.

Unwillig richteten sich Helmgards sprechende blaue Augen auf den Mann, der so stolz und unnahbar vor seiner Mutter stand.

„Graf Walbau!“ rief Helmgard erregt, „ich habe geglaubt, als ich mit meiner Mutter —“ sie sagte zum ersten Male zu Margone Mutter — „zu Ihnen kam, einen Mann zu finden, der wenigstens so viel Achtung vor der Frau hat, die ihn geboren, daß er anhört, was sie ihm zu sagen hat. Ich habe mich getäuscht, daß ich von Ihnen glaubte, eine fürstliche Geburt bedinge auch ein fürstliches Denken!“

„Komm, Mama“, hat sie weich, schücheln ihren Arm um die Wankende legend, „wir haben hier nichts zu schaffen, denn wer mit übervollem Herzen kommt, um zu geben, darf nicht wie ein Bettler vor der Tür stehen.“

Helmgards Stimme hatte einen hinreißenden Klang. Schmerz zitterte durch Stolz und verhaltene Tränen. Und diese Stimme fand den Weg zu Reimers Herzen.

„Sonnenjungfer“, hat er leise, „bleiben Sie, Sie sollen nicht schlecht von mir denken. Schweregen will ich die Frau dort anhören, die sich meine Mutter nennt, die, wie man mir gesagt, um ein leichtfertiges Leben zu führen, auf und davon ging, ihren Mann, ihre Stellung und ihr Kind lächelnd opferte.“

„Lügel! Lügel!“ kam es verzweifelt von Margones Lippen und ihre hellbraunen Augen wur-

den so dunkel wie die Reimers. „Wer konnte eine Mutter in den Augen ihres Kindes so verleumden? Wer wagte es, diese Gistsaat in ein Kindesherz zu streuen?“

Reimer sah die blasse Frau, die hochaufragend mit flammenden Augen vor ihm stand, fast erschreckt an, so anders erschien sie ihm plötzlich.

„Mein eigener Vater hat es mir gesagt“, antwortete er zögernd.

„So, Dein eigener Vater, der Erbprinz und spätere Herzog von Vinsingen-Gecklingen? Hat er Dir auch gesagt, daß er mich vom ersten Tage unserer Ehe an betrog? Weißt Du, was es heißt, wenn ein kaum siebzehnjähriges Kind, ohne gefragt zu werden, einem fremden Mann vermahnt wird und es entdeckt kaum einige Wochen nach der Hochzeit, daß sie betrogen ist, daß ihr Mann, ein Fürst, ihr garmutet, mit seiner Geliebten unter einem Dache zu wohnen? Du weißt es nicht, denn sonst könntest Du nicht so kalt und herzlos zu einer Mutter reden. Schon in den ersten Wochen unserer Ehe verlangte ich, an den Hof meines Vaters zurückzukehren. Ich fand mich entehrt, beschuldigt als die Frau dieses Mannes. Aber mein Vater bestand darauf, daß ich aushielte. „Das ist Fürstenlos“, ließ er mir sagen und meine Pflicht sei es, auf dem Platze, auf den mich das Schicksal gestellt, auszuharren.“

Kennst Du die tausend Tränen, die eine werdende Mutter weint, wenn sie weiß, daß der Vater ihres Kindes nichts weiter als Duldung für sie hat, daß er sie mit Spott und Hohn überhäufte, als sie sich weigerte, seine Geliebte in einem kleinen Kreis bei sich zu empfangen? Weißt Du, was es heißt, wenn eine Frau unter der Roheit, der gemeinsten Brutalität eines Mannes zusammenbricht, der geschworen hat, sie zu schützen? Du weißt es nicht“, fuhr Margone mit erhöhter Stimme fort, ohne zu beachten, daß Reimer sie unterbrechen wollte, „denn Du hast gottlob Deinen Vater nicht gekannt, wie ich ihn gekannt habe.“

„Doch“, knirschte er zwischen den Zähnen, „ich habe ihn gekannt, denn er hat auch mein Glück und mein Leben zerstört.“

Margone achtete nicht auf seine Worte. Die Augen weit in die Ferne gerichtet fuhr sie fort:

„Meines Kindes wegen hielt ich aus. Mein Vater, an dem ich eine Stütze zu haben glaubte, starb unerwartet an einem Herzschlag — meine Mutter war lange tot — ich war ganz allein. Als Du, Reimer, Deine wunderbaren Kinder-Augen zu mir aufschlugst, da war ich reich und gelobte mir, Deinetwegen alle Last des Lebens zu tragen.“

(Fortsetzung folgt)

auf das Maßfache des Nennwertes erhöht, so daß die Reichsbank-Geldstücke und alle Reichsbank- und Postanstalten bezahlen für:

Einmarkstück 8 Mt., Zweimarkstück 16 Mt., Dreimarkstück 24 Mt., Fünfmarsstück 40 Mt., für das halbmarsstück oder Fünftelmarkstück 4 Mt., für silberne Zwanzigpfennigstücke 1,60 Mt. Für Silber werden auf Grund des höheren Silbergehalts 26,50 Mt. bezahlt. Bei abgenutzten Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

Die Befolgung der Reichswehrtruppen.

Berlin, 11. Februar. In dem vom Reichsfinanzminister Erzberger demnächst der Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf der neuen Befolgungsordnung sind auch die neuen Gehaltsverhältnisse der Reichswehr enthalten. Die „Vossische Zeitung“ ist in der Lage, diese Zahlen zum ersten Male mitzuteilen: Mannschaften 7800 bis 11 700 Mt., Unteroffiziere 8250 bis 12 300 Mt., Feldwebel 8700 bis 13 050 Mt., Oberfeldwebel und Unterärzte 9300 bis 13 950 Mt., Leutnants bis zum 4. Dienstjahre 11 700 bis 16 800 Mt., Leutnants mit mehr als vier Dienstjahren 12 600 bis 18 150 Mt., Oberleutnants, Offiziersärzte, Oberärzte, Veterinäre und Oberveterinäre 13 500 bis 19 000 Mt., Hauptleute, Kapitänleutnants, Stabsärzte, Stabsveterinäre bis zum 4. Dienstjahre 14 250 bis 20 550 Mt., mit mehr als vier Dienstjahren 15 000 bis 21 750 Mt., Majore, Korvettenkapitäne, Oberstabsärzte bis zum 4. Dienstjahre 18 000 bis 25 500 Mt., mit mehr als vier Dienstjahren 18 750 bis 27 000 Mt., Oberleutnants, Fregattenkapitäne, General-Oberärzte, General-Oberveterinäre 20 250 bis 29 250 Mt., Obersten, Kapitäne zur See, Generalärzte, Generalveterinäre 25 000 bis 34 500 Mt., Generalmajore, Konteradmirale, Generalstabsärzte 45 000 Mt., Generalleutnants, Vizeadmirale, Generaloberstabsärzte 52 500 Mt., Generale, Admirale, Chefs der Flottenleitung, Chef der Admiralität 60 000 Mt.

Dazu erklärte der Minister u. a. folgendes: Das Dienstverhältnis steht fest, dem Entwurf zufolge, aus drei Bestandteilen zusammen: aus dem Grundgehalt, dem Ortszuschlag und dem Feuerungszuschlag. Der letztere ist für das Jahr 1920 in Höhe von 50 Prozent des Gesamtbeitrages vom Grundgehalt und Ortszuschlag angesetzt. Hervorheben möchte ich, daß auch die Mannschaften und Unteroffiziere, die bisher, wie der Ausdruck lautete, entlohnt wurden, in die Klasse der Gehaltsempfänger eingereiht werden. Die Gruppierung der einzelnen Gehaltsklassen erfolgt naturgemäß nach den militärischen Dienstjahren.

Zu den obenstehenden Bezügen kommen bei Vorhandensein von Kindern noch Kinderzulagen hinzu. Die Offiziere sollen außer den erwähnten Bezügen auch eine feststehende steuerfreie Vorfahrtsgeldzulage und im Falle der Erkrankung freie ärztliche Behandlung erhalten.

Letzte Lokal-Nachrichten.

Die hohen Mehlpreise.

Im Zentralorgan für die Interessen des allgemeinen Mähtengewerbes „Deutscher Müller“ schreibt der sächsische Müllermeister G. Claus: Die unerhörte Verteuerung der Lebensmittel durch die Zwangswirtschaft bzw. die Kriegs-Gesellschaften springt so recht in die Augen bei der jetzt zutage getretenen großen Preisspannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen, die mehr als 150 Prozent beträgt. In dieser großen Preisspannung scheint man zu meiner Verwunderung nichts Außergewöhnliches zu finden. Bei einem Roggenpreis von 405 Mt. die Tonne bei 82 Prozent Ausbeute und einem Kleiepreis von 15 Mt. für den Zentner, wie es den jetzigen Verhältnissen hier in Mitteldeutschland entspricht, würde sich im freien Verkehr und unter reichlicher Berücksichtigung des den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Mähtlohn und aller sonstigen Nebenspesen der Mehlerpreis kaum höher als 30 bis höchstens 32 Mt. der Zentner stellen. In den Tageszeitungen ist meines Wissens dieses Mißverhältnis noch nicht zur Sprache gekommen, was wohl einigermaßen befremdlich ist. Wer streicht nun den ungeheuren Verdienst bei einem Roggenmehlpreis von 52 Mt. 50 Pf. (beim Weizenmehl ist es selbstverständlich ebenso) ein? Die Mühlstein, die doch dabei die Hauptarbeit zu bewältigen haben, erhalten ihn nachweislich nicht. Und die früher gezahlte Druckprämie ist doch wohl reichlich durch die 5 Milliarden zur „Lebensmittelverbilligung“ bewilligten Staatszuschüsse gedeckt worden. — Also wer?

— Große Wohltätigkeitsveranstaltung im kathol. Vereinshause. Zum Festen der Frauen Schwefeln in der Alt- und Neustadt und der von ihnen betrauten Wohlfahrtsvereine, sowie zur Stärkung der Masse des St. Vinzenzvereins, der sich gleichfalls die tätige Hilfe an der notleidenden Mittwelt zur Aufgabe gemacht, fand am Mittwoch ein seit langem von dem kathol. Frauenbunde sorgsam vorbereitetes Wohltätigkeitsfest statt. Private und Geschäftsleute aus der kathol. Pfarrgemeinde hatten durch reiche Gaben in bar und in Gebäud und Waren es ermöglicht, daß die Besucher in dem freundlich dekorierten Festlokal reich gedeckte Tafeln und ein Angebot vieler leckerer Genüsse voranden und nur noch nötig hatten, ihren Geldbeutel mit, recht weit zu öffnen. Und das geschah auch in so erfreulichem Maße, daß sich die Wohltätigkeitskasse über die Erwartungen hinaus füllte. Recht rühmlich beteiligte man sich an den Verlosungen und Versteigerungen der eingebrachten Gaben. Für Aug und Ohr und Herz sorgten die reichenden szenischen Darbietungen auf der Bühne und die guten musikalischen Vorträge kunstgeübter Damen und Herren. Das frohe, ganz für den schönen Zweck ausgehende Treiben der zahlreichen Besucher erfüllte den Nachmittag und Abend. Auch für ein Kränzchen war gesorgt. So kamen alle gut auf ihre Rechnung, vor allem die Veranstalter, deren Mühen durch einen schönen stimmungsvollen Erfolg

belohnt sind. Im Namen der stillwärtenden Frauen, Schwestern und der St. Vinzenzkonferenz allen frohen Gebern ein herzliches „Gott vergelt's!“

* Verschiebene Wahlen. Wie wir erfahren, sind die Wahlen zum Elternbeirat für die höheren Schulen Schlesiens auf den 18. Mai d. J. verschoben worden.

Letzte Telegramme.

Der Oberkommissar der Entente in Danzig.

Danzig, 12. Februar. Gestern nachmittag ist der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig, Reginald Tower, von Paris kommend, hier eingetroffen. Oberbürgermeister Sahm ließ ihn namens der Stadt willkommen. Der Oberkommissar antwortete und brachte seine große Freude aus, im Auftrage der alliierten Mächte die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Er hob hervor, daß seine Bemühungen nur dann den gewünschten Erfolg haben könnten, wenn er auch die wohlwollende Unterstützung eines jeden Bürgers erhoffen könne. Es unterliege seinem Zweifel, daß, so lange das Volk in gemeinsamer Arbeit die ganze Energie und Talente allein dem friedlichen Ziele seiner wirtschaftlichen Entwicklung widme, die Zukunft einen neuen, glänzenden Zeitschnitt in der Geschichte Danzigs eröffnen werde.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 12. Februar. Zur Erörterung und Verständigung über die deutsch-polnische Verkehrs-differenz wird sich in den nächsten Tagen eine deutsche technische Kommission nach Warschau begeben, die aus Eisenbahn-, Schiffahrts- und Handelsfachverständigen zusammengefaßt sein wird. Auf den deutschen Protest, der wegen der Abschnürung Ostpreußens und der Sperrung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs nach Warschau gegangen ist, ist bis zur Stunde noch keine Antwort erfolgt. Der Verkehr über Schneidemühl ist überhaupt nicht mehr möglich. Ueber Danzig wie über Danzig wird er nur mit erheblichen Einschränkungen aufrecht erhalten. Der Fernverkehr mit Ostpreußen vollzieht sich unregelmäßig und mit Unterbrechungen.

Die deutsche Gegenliste.

Berlin, 12. Februar. Wie das „B. Z.“ von zuverlässiger Stelle erfährt, ist die Liste der von der deutschen Regierung wegen völkerrechtswidriger und unzumutbarer Handlungen beschuldigten Angehörigen der Ententemächte bereits fertiggestellt und gedruckt. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Wettervorausage für den 13. Februar:

Aufsteigend, abflauernd Wind, Temperatur wenig verändert.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: D. A. N. H. für Kellmeier und Jäger: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Offene Stellen

Lehrling

kann sich melden bei
Gustav Falde, Goldschmiedemeister,
Löpferstraße Nr. 1, 2. Etage.

Suche perfekte Köchinnen, Stubenmädchen, Serviermädchen für Sanatorium und 1 landw. Stütze, Bandmädchen und Burgen, welche die Schule verlassen.
Luis Klitsch,
gewerblich. Stellenvermittlerin,
Auenstraße 24c.

Anlegerin
jüngeres Bedienungsmädchen
S. gesucht Hofstraße 6, 1 Tr.
sucht Buchdrucker
H. Otto,
Löpferstr. 2.

Kaufgesuche

Silber! Achtung! Silber!
Zahle die höchsten Preise für
Silbermünzen.

Jos. Klich, Uhrmacher, Haltestelle Deponto.
Ober Waldenburg, Chausseestr. 21.

Kaufmann
mit technischen Kenntnissen sucht
Beteiligung
an der Kauf eines gutgeh. Geschäfts.
Angebot erbittet **R. Hünze,**
Waldenburg, Friedrichstraße 8.

Kisten
in gutem Zustande
kauft
Paul Opitz Nachf.,
Friedländer Straße 38.

Eine gutgehende Bäckerei
in Altwasser oder Umgegend zu
kaufen gesucht. Näheres zu
erfahren durch **Rudolf Schäl,**
Altwasser, Charlottenbr. Str. 188.

Cello

zu kaufen gesucht. Off. mit Preis
Woit, Breslau, Sadowastr. 64.

Gut erhaltenes Piano
zu kaufen gesucht.
Preis Nebenbed. Offerten unter
G. P. in die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

ALTEISEN

kauft
Max Guttmann,
Dittersbach, Hauptstraße 2,
Ternitz 894.

Streichhölzer

kaufen jeden Posten
P. Neudeck & Co.,
Berlin SW. 47, Razbachstr. 25.

Brillantringe,

je 1 Damen- und Herren-
Ring, zu kaufen gesucht.
Gefl. Angebote unter **B. 51**
in die Geschäftsstelle dieser
Zeitung erbitten.

Estrocknete Karloffelschalen
kauft Kuhn, Kienplatz 4, 2 Tr.

Diverse

Noch vor der Steuer
sich. Sie Ihren Bedarf an

Zigaretten!

Empf. sol. Vorrat reicht
rein hell. ans. Tabak ohne
Hohlmundstück
1 Kille 225 Mark,
1/2 Kille 115 Mark
geg. Nachn.

F. Gläser,
Blauen i. Bgtl., Tischendorfstr. 5.

Frostheil

in Tuden,
Cosmetikum,
bei Frostbeulen von sicherer
Wirkung, bei Fr. Bentscha, Schloß-
Dragerie, Ober Waldenburg.

Garantiert reinen
Kentucky-Raukabbak
in Rollen. Büchle zu 250 Rollen
inkl. Büchle und Belze 275,00
Mt. Nachnahme. Sofort lieferbar.

Reulecke & Dehn,
Görlitz.

Großhandelsvertrieb, Tel. 1908.

Muttererpreizen, Frauenopfen,
geg. Periodenstr. 11, 6, Markt 12,
kauft
Fräulein
Anfragen erbitten. Versandhaus
Haußlager, Dresden 160, Am See 37.

Das Festkleid

zur Konfirmation
oder Kommunion
für ihr Töchterchen fertigen
Sie am allerbesten aus dem
Favoritmodenalbum.
Passende Schnitt hält
stets vorrätig
Buch- und Papierhandlung
Martha Schönfelder,
Waldenburg,
Charlottenbrunner Str. 16.
Telephon 1085.

Franken

Vorsicht!
Gebracht bei Regelförderung und
Störung meine in den hart-
näckigsten Fällen heilbewährten
Spezialmittel. Lassen Sie sich
nicht irreführen durch teure, nutz-
lose Präparate, sondern bestellen
Sie meine unerschöpflichen, erfolg-
reich wirkenden Mittel mit Gar-
rantie. Einen Versuch bei
mir dürfen Sie nicht bereuen.
Verwandt geschieht streng diskret.
S. Laarsen, Hamburg 6,
Neuer Bierdemarkt 20.

**Wer tauscht 3 Zimmer-
Wohnung in Wal-
denburg mit 2 Zimmer-
Wohnung in Glogau? Zu erf-
in der Geschäftsstelle dieser Ztg.**

Orient-Theater.

Lotte Neumann

in ihrem neuesten
Filmwerk
Serie 19/20:

Achtung! Ab morgen
Freitag!

„Das Schicksal der Carola von Geldern.“

Orient-Theater.

Plutliches

Dittersbach.

Die Herren Hausbesitzer oder Stellvertreter werden ersucht, die ab 16. d. Mts. geltenden Brotkarten
Sonnabend den 14. d. Mts., nachmittags von 3—6 Uhr,
im Zimmer 4 (Einwohnermeldeamt) abzuholen.
Die Zahl der versorgungsberechtigten Personen in jedem
einzelnen Hausgrundstück ist genau festzustellen und bei Ab-
holung der Karten anzugeben.

Die Ausgabe der Brotzusatzkarten erfolgt
am Montag den 16. Februar 1920, vorm. von 8—1 Uhr,
im Einwohnermeldeamt gegen Vorlage der Arbeitsbescheinigung.
Die schwangeren Frauen erhalten ihre Brotzusatzkarten
am Montag den 16. d. Mts., nachmittags von 4—6 Uhr,
in der Säuglingsfürsorge (Turnhalle).
An Kinder werden vorgenannte Karten nicht verabfolgt.
Dittersbach, den 12. 2. 20. Der Gemeindevorsteher.

Bärengrund.

Die Herren Hausbesitzer oder Stellvertreter werden ersucht,
die neuen Brot- und Brotzusatzkarten
am Sonnabend den 14. d. Mts., nachm. von 3—5 Uhr,
bei dem Unterzeichneten abzuholen.

Die Zahl der versorgungsberechtigten Personen
in jedem einzelnen Hausgrundstück ist festzustellen und
bei Abholung der Karten anzugeben.
Bärengrund, 12. 2. 20. Gemeindevorsteher.

Nieder Hermsdorf. Mohrrübenverkauf.

Freitag den 13. Februar 1920, früh von 9—10 Uhr, werden
im Keller des Hauses Untere Hauptstraße 20 100 Zentner gesunde,
große, rote Mohrrüben zum Preise von 17 Mark je Zentner ver-
kauft und sind Bezugscheine gegen Entrichtung des Geldbetrages
an der Verkaufsstelle zu lösen. Ab 10 Uhr werden auch aus-
wärtige Händler, Fuhrwerksbesitzer u. zum Kauf zugelassen.
Nieder Hermsdorf, 12. 2. 20. Der Gemeindevorsteher.

Nieder Hermsdorf.

Den am 1. November 1919 hier wohnhaft gewesen und
vor dem 15. September zugezogenen Kriegshinterbliebenen ist die
im Monat November gewährte einmalige Unterstützung in Höhe
der Monatsrente auch auf die vom Reiche zu diesen Renten ge-
zahlten Teuerungszuschläge ausgedehnt worden. Die Nachzahlung
der Unterschiedsbeträge findet

Sonnabend den 14. Februar c., vormittags 9—12 Uhr,
im hiesigen Steuerbüro statt. Sie betragen bei

- a) jeder Kriegerwitwe. . . . 16,50 Mk.,
- b) . . . Halbwaise 6,80 .
- c) . . . Ganzwaise 9,80 .

Auch unehelichen Kindern Gefallener, die widerrussliche Zu-
wendungen erhalten, kann die einmalige Nachzahlung in Höhe der
zu dieser Zuwendung gewährten Teuerungszulage gezahlt werden.
Ausweispassiere und das nötige Kleingeld sind mitzubringen.
Nieder Hermsdorf, 11. 2. 20. Gemeindevorsteher.

Nieder Hermsdorf. Einwohnerwehr.

Zur Vornahme der Führerwahlen werden die Mitglieder der
Einwohnerwehr für

Sonntag den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr,
in den Saal des Gasthofs „zur Friedenshoffnung“ eingeladen.

Zur Ausübung des Wahlrechts sind nur diejenigen Personen
berechtigt, welche sich bis zum Beginn der Wahlhandlung in das
Mitgliederverzeichnis der Einwohnerwehr haben eintragen lassen.
Nieder Hermsdorf, den 10. Februar 1920.

Der Wehrberatungs-Ausschuss.

Diverse

Gartenhandlung

Schlossarczyk & Liebert,

Auenstraße 1 empfiehlt: Auenstraße 1

Gemüse- u. Blumenzucht, Futter- und
Zuckerrüben, Gras- und Feldsamen

in allerbesten, sortenrechten,
höchsten feinsten Qualität.

Saatgetreide : Vogelfutter : Glaserkitt
Düngemittel sowie sämtl. Gartenbaugeräte.

Handelsgärtner und Wiederverkäufer
erhalten entsprechenden Rabatt.

Versicherung

von Reisegepäck

gegen Diebstahl, Beraubung u. Abhandenkommen
einschl. des Aufenthaltes im Hotel od. Kurhaus
übernimmt zu mäßigen Prämien

„Vaterland“, Rückvers. A.-G.

Vertretung: Hermann Reuschel,
Waldenburg, Auenstrasse 37.

Ihr eigener Schaden,

wenn Sie die jetzigen enorm hohen Preise, die für

Zahngelasse

gezahlt werden, nicht ausnützen.

In Waldenburg

nur 2 Tage, Freitag und Sonnabend, den
13. und 14. Februar, von 9—6 Uhr, im
Hotel „Deutscher Hof“, Zimmer
Nr. 3.

Zahle für jeden Zahn, welchen ich gebrauchen kann, nicht
unter 8 Mark, Brennliste nicht unter 50 Mark. In Gold,
Platin, Silber fabelhafte Preise. Mache kein großes Geschrei,
zahle aber dafür bestimmt, was ich angebe.

Kirchner, Siegnitz.

Einer gütigen Beachtung

empfiehlt sich die

Hamburger Topfniederlage

Hochwaldstraße 11, neben der städtischen Viehweide.
Altestes renommirtes Spezialgeschäft dieser
Branche am hiesig. Platze. Stets großes Lager.
En gros. En detail.

Nedderjen-Santabat

frisch eingetroffen.

Robert Hahn, Freiburger Straße 31,

Zweiggeschäft: Waldenburg - Neustadt,

Brangelsstraße Nr. 1.

55 % Kohlenersparnis

a. d. Aschenfall
werden erzielt mit dem Kohlenparar

„Pakodreh“

D. R. Pa. R. B. G. M. D. R. WZ.
durch Reichsbehörde geprüft und begutachtet,
transportabel, staubsicher, 3 Größen, sehr
preiswert.

Generalvertretung für Schlesien:

Volkswirtschaftliche Handelsgesellschaft m. b. H.,

Waldenburg i. Schl., Freiburger Str. 15 a.

Fernruf 1097.

Tel.-Adr.: Volkswirt Waldenburg.

Vereins- u. Vergnügungsanzeigen

Apollo-Theater.

Ab heute Donnerstag:

Neues Programm!

Eine junge Dame von Welt!!!

Filmroman in 5 Akten

nach dem bekannten Roman von

Fedor von Zobeltitz.

In der Hauptrolle die
beliebte Künstlerin

Mady Christians.

Handlung und Spiel erstklassig!

Dazu ein gutes Beiprogramm!

△ Glückauf z. Br.-Tr.
Donnerstag d. 12. 2. 1920, 7 U.
Aufn. △ I. Abst. △ I. U. △ I.

Haude'scher Männerchor.

Freitag abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Allseitiges, pünktliches Erscheinen
dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Evangelischer Männer- und Jünglings-Verein

Waldenburg.
Donnerstag den 19. Febr. c.,
abends 8 Uhr:

Außerordentliche Hauptversammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Herbergsangelegenheiten.

2. Statutenänderung.

3. Sonstiges.

Der Vorstand.

Union- Theater

Heute letzter Tag!

Das große historische Schau-
spiel in 5 Akten:

Opfer.

Padende, hochdramatische

Handlung!

Fabelhafte Ausstattung!

Nur allererste Künstler, selbst

in den kleinsten Rollen!

Ferner:

Und hätte der Liebe nicht.

Ein wunderbares Drama in

4 Akten, mit

Johannes Riemann

und Ally Kolberg.

Dazu künstlerische,
passende Musik!

Stadttheater in Waldenburg.

Sonnabend den 14. Februar c.,

nachmittags 4 Uhr, und

Sonntag den 15. Februar c.,

nachmittags 3 Uhr:

Die beiden letzten Auf-
führungen für Kinder!

Dornröschen.

Zaubermärchen in 4 Bildern.

Dienstag den 17. Februar c.,

Fasnacht!

Ungeheurer Heiterkeits-Erfolg!

Die spanische Fliege.

Schwank in 3 Akten von Bach

und Arnold.

Der junge Herr in Gelb-
und grünem Gut, der am

Dienstag den 10. Febr., 5½ Uhr

nachm., mit der Straßenbahn von

Bierhäuser nach N. Salzbrunn

fuhr, wird von einer der beiden

Damen, wo eine im selben Wagen

und eine von N. Salzbr. gefahren

kam und sich während des Auf-

enthaltes unterhielt, um seine

Adresse gebeten unter M. F. 109

in die Geschäftsstelle dieser Ztg.

bis 15. d. Mts.